

BULLETIN N°96 – September 2026

Botschaft des Vorsitzenden

Sehr geehrte Mitglieder,

es erfüllt mich mit tiefer Trauer, dass ich dieses Bulletin mit einigen Worten zum kürzlichen Tod von Klaus Hänsch einleiten muss. Der ehemalige Präsident sowohl des Europäischen Parlaments als auch des Vereins der ehemaligen Mitglieder verdient unsere Hochachtung und unsere größte Dankbarkeit. Noch bis vor Kurzem leitete er unseren Verein mit Weisheit und Hingabe. Richtungsweisend waren ihm dabei die Werte, die uns als Europäer miteinander verbinden. Mit seinem Einsatz machte er deutlich, dass die ehemaligen MdEP einen wichtigen Beitrag zum europäischen Projekt leisten. Lassen Sie uns sein Erbe fortführen.

Seit Juli 2026 hat Irland den Vorsitz in der Europäischen Union inne. Als Motto hat es „Ní neart go cur le Chéile – Stärke durch Einheit“ gewählt. Mit der Wahl dieses Sprichworts sendet Irland eine besonders starke Botschaft aus. Europa sieht sich immer wieder mit komplexen Herausforderungen konfrontiert, die kein Mitgliedstaat allein bewältigen kann. Doch unsere Stärke liegt gerade in unserer Fähigkeit, zusammenzuarbeiten, miteinander Neues zu schaffen und gemeinsam Lösungen zu finden.

Anlässlich des irischen Ratsvorsitzes hat der Verein der ehemaligen Mitglieder am 29. Juni eine Librorum-Veranstaltung mit Seán Ó Neachtain, einem ehemaligen irischen MdEP, organisiert. Dieser sprach darüber, wie wichtig Einheit in Vielfalt ist und welche Bedeutung es hat, dass Irisch zu einer Amtssprache der Europäischen Union geworden ist. Dies war eine wichtige Diskussion, da Irland nun zum ersten Mal den Vorsitz im Rat führt, seitdem Irisch vollumfänglich als Amtssprache der EU eingesetzt wird.

Vom 21. bis 23. Oktober wird eine Delegation des Vereins der ehemaligen Mitglieder unter der Leitung von Vizepräsidentin Monica Baldi Dublin besuchen, um die Position Irlands in der EU mit den lokalen Behörden zu erörtern, wobei der Schwerpunkt auf den drei Kernthemen des Ratsvorsitzes – Wettbewerbsfähigkeit, Werte und Sicherheit – liegen wird. Die Ergebnisse des irischen Ratsvorsitzes sollen auch mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Antonio Costa, im Rahmen des kommenden Jährlichen Abendessen des VEM am 1. Dezember erörtert werden, bei dem mir die Ehre zukommt, den Vorsitz zu führen.

Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe des Bulletins lautet „Innovation als Herausforderung“. Im Zusammenhang mit diesem Thema werden die Ergebnisse des Draghi-Berichts aufgegriffen und der enge Zusammenhang mit den Prioritäten des irischen Ratsvorsitzes herausgestellt. Innovation ist für die Wirtschaftskraft, Produktivität und globale Stellung Europas von entscheidender Bedeutung. Um unser technologisches Defizit zu überwinden und unsere Autonomie in den Bereichen digitale Technologie und Energie aus erneuerbaren Quellen auszubauen, muss Europa gemeinschaftlich mutiger und umfassender in Innovation investieren.

Es ist unbestreitbar, dass wir eine viel aktivere europäische Verteidigungspolitik brauchen. Dies wäre nicht nur für unsere Verteidigungsindustrie von Vorteil, sondern würde sich auch äußerst positiv auf andere zukunftssträchtige Industriezweige wie die Mikroelektronik und die künstliche Intelligenz auswirken. Europa sollte sich auf die Konsolidierung von Unternehmen in diesem Sektor konzentrieren, da es nur dann eine ausreichend starke Verteidigungsindustrie aufbauen kann, wenn es gelingt, die derzeitige Fragmentierung zu überwinden. Angesichts des von der derzeitigen US-Regierung entwickelten transaktionalen Ansatzes muss die europäische Verteidigung über die gesamteuropäische Dimension der Industrie hinaus aber zugleich auch ein politisches Projekt sein.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Herausforderung nicht einfach nur darin besteht, innovativ zu sein, sondern vielmehr darin, verantwortungsbewusst innovativ zu sein und dabei ethische und demokratische Grundsätze zu achten und die Menschenrechte zu wahren. Dazu gehört nicht nur eine umfangreichere Investitionstätigkeit in Europa, sondern auch ein aktiveres Engagement über die europäischen Grenzen hinaus. Nur so können wir unsere globale Position sichern, den Klimawandel eindämmen und verhindern, dass andere Mächte in den Ländern des „Südens“ freie Hand haben.

In diesem Bulletin finden Sie außerdem Informationen zu einigen interessanten Entwicklungen, die sich auf die beschriebene Innovationsherausforderung auswirken könnten. Dazu gehören in erster Linie die Vorbereitungen für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen sowie Diskussionen über die Reform der EU-Verträge.

Der Verein der ehemaligen Mitglieder setzt sich weiterhin für ein geeintes und starkes Europa ein, unter anderem mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm für die verbleibenden Monate dieses Jahres, in dem wir unser 25-jähriges Bestehen feiern. Wir setzen auch unseren Dialog mit jungen Menschen im Rahmen des Programms „EP to Campus“ fort. Außerdem würden wir uns freuen, Sie am 1. und 2. Dezember in Brüssel bei der Librorum-Veranstaltung, an der die ehemalige MdEP Margarida Marques teilnehmen wird, sowie beim Jährlichen Seminar begrüßen zu dürfen. Schließlich markiert, wie bereits angekündigt, die Teilnahme von Präsident Antonio Costa am Jährlichen Abendessen den Höhepunkt unserer Veranstaltungen zum Jahresende.

Ich möchte allen, die zu dieser Ausgabe des Bulletins beigetragen haben, meinen herzlichen Dank aussprechen und freue mich darauf, Sie alle im Dezember in Brüssel wiederzusehen.

Es grüßt Sie herzlich

Josep Borrell

Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder

Aktuelle Themen

Vorbereitung des MFR 2028-2034 – „Business as usual“?

Alle, die an der Vorbereitung des Mehrjährigen Finanzrahmens beteiligt sind, sind sich dessen bewusst, dass es für die Ausarbeitung der neuen Vorausschau am günstigsten wäre, wenn die Arbeiten bis Ende 2026 abgeschlossen würden: Denn dann könnte im Jahr 2027 die Rechtsgrundlage nachgebessert und mit der Programmplanung der einzelnen Politikbereiche begonnen werden.

Solche Hoffnungen (auf einen rechtzeitigen Abschluss) waren auch bei der Vorbereitung der vorherigen Vorausschauen vorhanden. Man kann also sagen, dass die gegenwärtig geführten Diskussionen hinsichtlich des geplanten Abschlusstermins den früheren Erfahrungen entsprechen.

Die Arbeiten für den kommenden Programmplanungszeitraum 2028-2034 unterscheiden sich jedoch in Art und Verlauf. Vor allem finden sie in einem anderen geopolitischen Kontext statt. Der anhaltende Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Rüstungsausgaben der Mitgliedstaaten haben erhebliche Auswirkungen auf den Verlauf der Arbeiten.

Außerdem hat die Kommission dieses Mal eine Änderung des Ansatzes für die Gestaltung des MFR vorgeschlagen und den Schwerpunkt auf die Vereinfachung und die Sicherstellung größerer Synergieeffekte zwischen den einzelnen Politikbereichen auf EU-Ebene gelegt. Die Arbeit schreitet daher anders voran als in den Vorjahren.

Um deutlich zu machen, wo die Vorbereitungsarbeiten gegenwärtig stehen, soll im Folgenden auf drei sich überschneidende Ebenen eingegangen werden, die Gegenstand der laufenden Arbeiten sind:

Die erste Ebene stellen die Diskussionen über den Umfang des Haushalts, die Einnahmequellen und mögliche Arten der Rückzahlung der gemeinsam aufgenommenen Schulden dar.

In ihrem ursprünglichen Vorschlag schätzte die Kommission die erforderliche Höhe des MFR auf rund 1,26 % des BNE, wobei sie davon ausging, dass dies die Umsetzung politischer Maßnahmen und die Rückzahlung des im Rahmen des Aufbauinstruments Next Generation EU aufgenommenen Darlehens ermöglichen würde. Sie ging dabei jedoch davon aus, dass durch die Schaffung neuer Eigenmittel zusätzliche Haushaltseinnahmen generiert werden würden.

Das Europäische Parlament vertritt in dieser Angelegenheit einen entschiedenen Standpunkt: Es erklärte in seiner EntschlieÙung, dass diese Summe für die geplanten Aufgaben und die Rückzahlung der Schulden nicht ausreiche und dass ein Haushalt in Höhe von 1,38 % des BNE erforderlich sei.

Zypern machte im Rahmen seines Ratsvorsitzes, der im Juni 2026 endete, in seinem Verhandlungspaket („NEGO-Box“) einen Vorschlag für den mehrjährigen Haushaltsplan, der zwei Prozent unter dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission lag. Dies rief sofort die Kritik des Europäischen Parlament (das erhebliche Kürzungen kritisierte) und einiger Regierungen (die kleinere Kürzungen kritisierten) hervor.

Diese Frage bleibt auch aufgrund von Erklärungen im Vorfeld von Wahlen spannend, in denen größere Einschränkungen angekündigt wurden (so in Frankreich), sowie aufgrund der Aussagen bestimmter Regierungschefs, wonach weitere Einschränkungen notwendig seien.

Ein außerordentlich wichtiges Element in der Debatte auf dieser Ebene ist die Diskussion darüber, ob und wie neue Eigenmittel geschaffen werden sollen, wofür Einstimmigkeit im Rat und die Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten erforderlich wäre.

Auf der zweiten Ebene der Debatte geht es um die Struktur des vorgeschlagenen Haushalts, d. h. um die Absicht der Kommission, Vereinfachungen einzuführen und für stärkere Synergieeffekte zwischen den verschiedenen Politikbereichen zu sorgen. Sie plant aber auch, den Schwerpunkt von traditionellen Politikbereichen wie der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Kohäsionspolitik auf solche Maßnahmen zu verlagern, mit denen sich die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union stärken lässt.

Sowohl im Parlament als auch im Rat wird an der Gestaltung der Rechtsvorschriften in diesem Bereich gearbeitet. Am umstrittensten ist dabei das Konzept eines Plans für nationale und regionale Partnerschaft, der nationale Elemente der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Fischereipolitik, der Kohäsionspolitik, des Grenzschatzes und der Bereitstellung von Mitteln für Migration als auch des Klima-Sozialfonds umfassen soll.

Das Europäische Parlament hat sich von Anfang an kritisch geäußert und darauf hingewiesen, dass die verschiedenen politischen Maßnahmen klar voneinander abgegrenzt werden müssen und dafür gesorgt werden muss, dass ihre stabile Finanzierung in den nationalen Plänen gesichert ist. Diesen Standpunkt hat das Parlament sowohl in seiner Interimsentschließung als auch in seiner Reaktion auf die zyprischen Verhandlungsvorschläge zum Ausdruck gebracht. In den kommenden Monaten werden ohne Zweifel lebhafte Diskussionen zu diesem Thema stattfinden. Auch wenn das Konzept des Plans selbst nicht gefährdet zu sein scheint, wird die Art und Weise, wie er konzipiert und umgesetzt werden soll, sicherlich weiter präzisiert werden.

Wie die Aufbau- und Resilienzpläne (ARF) sollen auch diese Pläne gemäß dem Vorschlag der Kommission letztendlich vom Rat bestätigt werden. Diese Lösung wird vom Parlament nicht akzeptiert, da es in seinen Standpunkten die Erwartung zum Ausdruck gebracht hat, dass seine Rolle in dem Verfahren zur Genehmigung der Partnerschaftspläne gestärkt wird.

Das Europäische Parlament ist an der legislativen Ausarbeitung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne (ARF) und an der Überwachung ihrer Umsetzung beteiligt. Da es sich bewusst ist, dass die Gestaltung der Pläne für nationale und regionale Partnerschaft weitgehend auf den Erfahrungen mit den ARF beruht, möchte es sicherstellen, dass es sich in dieses Verfahren einbringen kann.

Die dritte Ebene, die Gegenstand von Diskussionen ist, ist die Umsetzung der verschiedenen politischen Maßnahmen, deren Finanzierung im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen sichergestellt werden soll.

In diesem Bereich wird intensiv an der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften gearbeitet, aber die Ausrichtung dieser Arbeiten hängt in hohem Maße davon ab, ob die Finanzierung der einzelnen Maßnahmen sicher ist. Aus diesem Grund werden insbesondere im Parlament Stimmen laut, die sagen, dass es nicht möglich ist, geeignete Rechtsvorschriften auszuarbeiten, wenn nicht bekannt ist, welche Mittel im MFR für die verschiedenen Politikbereiche vorgesehen werden. Es ist hierfür also ein Beschluss über die Höhe des geplanten Haushalts erforderlich.

Es wird viel über die Umsetzung der Pläne für nationale und regionale Partnerschaft, ihre Ausarbeitung und Koordinierung und insbesondere die Einbeziehung der zuständigen lokalen und regionalen Behörden in ihre Verwaltung diskutiert.

Diese vielschichtige Debatte macht die Vorbereitung des neuen MFR aus, und es handelt sich dabei mit Sicherheit nicht um „Business as usual“.

Jan Olbrycht

EVP, Polen (2004-2024)

Ko-Berichterstatter für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027

Reform der Verträge: Parlament gegen Europäischer Rat

Am 22. November 2023 nahm das Europäische Parlament (mit 305 Stimmen bei 276 Gegenstimmen und 29 Enthaltungen) seinen Vorschlag zur Reform der Verträge an, als Reaktion auf die Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas, an der die organisierte Zivilgesellschaft, darunter die Europäische Bewegung und die Union europäischer Föderalisten, sowie per Los ausgewählte Bürgerinnen und Bürger in Bürgerforen maßgeblich beteiligt waren. Die wichtigsten Neuerungen waren: die erhebliche Ausweitung der Bereiche, in denen der Rat mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig entscheiden kann (etwa in Steuerfragen und bestimmten Aspekten der GASP), die Stärkung der Rolle des Parlaments, indem ihm umfassende Rechte hinsichtlich Gesetzgebungsinitiativen sowie Mitentscheidungsbefugnisse beim mehrjährigen Finanzrahmen eingeräumt werden, wodurch eine Entwicklung hin zu einem stärker am Bikameralismus orientierten System eingeleitet wurde, die Änderung der Bezeichnung und des Verfahrens für die Wahl der Kommission (die in „Exekutive der EU“ unbenannt werden soll), wodurch das Parlament einen größeren Einfluss auf die Wahl des Präsidenten dieses Organs erhält und dem Präsidenten zugleich mehr Spielraum bei der Auswahl des Kollegiums der Kommissionsmitglieder eingeräumt wird, die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion mit eigenen EU-geführten militärischen Einheiten und einer Schnelleingriffskapazität, die aus einem eigenen Haushalt finanziert wird und über den im Mitentscheidungsverfahren entschieden wird, und die Ausweitung der Zuständigkeiten der EU in Bereichen wie Umwelt, öffentliche Gesundheit, Energie und grenzüberschreitende Infrastruktur. Darüber hinaus hat das Parlament vorgeschlagen, das Ziel der Klimaneutralität in der Europäischen Säule sozialer Rechte zu verankern.

Gemäß Artikel 48 des Vertrags über die Europäische Union muss der Rat den vom Europäischen Parlament ausgearbeiteten Vorschlag zur Reform dem Europäischen Rat vorlegen. Dies geschah unter dem spanischem Ratsvorsitz am 18. Dezember desselben Jahres. Ab diesem Zeitpunkt ist der Europäische Rat verpflichtet, die Kommission (und das Parlament selbst) zu konsultieren, bevor er mit einfacher Mehrheit beschließt, ob der Konvent einberufen wird oder nicht. Mittlerweile sind zweieinhalb Jahre vergangen, und der Europäische Rat hat weder solche Konsultationen vorgenommen noch hat er eine Aussprache oder Abstimmung zu diesem Thema durchgeführt. Auch in seinen Schlussfolgerungen hat er in keiner Weise auf den Eingang des Vorschlags Bezug genommen (wie er es beispielsweise bei Mitteilungen der Kommission getan hat).

Wir haben es hier eindeutig mit einem Fall von mangelndem interinstitutionellen Respekt und Nichteinhaltung des Grundsatzes der loyalen Zusammenarbeit zu tun sowie mit einem Verstoß gegen die Bestimmungen des Vertrags hinsichtlich des Änderungsverfahrens, auch wenn sich eine Mehrheit der Mitgliedstaaten gegen die Reform ausspricht. Das Parlament hat daher aus zweierlei Gründen Anlass, tätig zu werden. Einerseits muss es für den Inhalt des Vorschlags eintreten, der entscheidend dazu beiträgt, Schwierigkeiten bei Entscheidungsverfahren, insbesondere in der Außenpolitik, zu bewältigen. Andererseits darf es diese eklatante Verletzung seiner Befugnisse nicht hinnehmen. Welche möglichen Alternativen bleiben unserer geliebten und geschätzten Institution?

Aus politischer Sicht wäre es am wirksamsten, diese Angelegenheit mit der Verabschiedung des Haushaltsplans und des mehrjährigen Finanzrahmens zu verknüpfen. Die Fraktionsvorsitzenden und die Kollegen im Haushaltsausschuss müssen verstehen, dass die institutionellen Angelegenheiten angesichts der Unnachgiebigkeit der Mitgliedstaaten nur dann vorankommen können, wenn sie auf diese Weise miteinander verknüpft werden. Es ist Aufgabe der Fraktionsvorsitzenden, sich nicht nur für die Ziele der jeweiligen politischen Familie einzusetzen, sondern auch die Institution als solche zu verteidigen. Da die nationalen Parlamente den Entwurf der Reform bereits bei seiner Übermittlung an den Rat erhalten haben, kann das Parlament sie zudem auffordern, dazu Stellung zu nehmen und damit die nationalen Regierungen mit der Angelegenheit zu konfrontieren. Als letzte Möglichkeit könnte das Parlament die Angelegenheit an den Gerichtshof verweisen, da in dessen Rechtsprechung festgestellt wurde, dass das Fehlen einer ausdrücklichen Frist keine Untätigkeit rechtfertigt. Die Zivilgesellschaft ihrerseits kann beim Bürgerbeauftragten Beschwerde einlegen, da das Recht auf eine gute Verwaltung nicht gewahrt wurde.

Domènec Ruiz Devesa

S&D, Spanien (2004-2014)

Frauen in Führungspositionen in der EU

Am 10. Juni veranstalteten die Regionalregierung der Balearen und die Europäische Bewegung in Palma de Mallorca die Konferenz zum Thema „Frauen in Führungspositionen in der EU“. Die Veranstaltung war dank des Engagements von Teresa Riera, Sekretärin des VEM, und Francisca Bennassar, meiner lieben Kollegin im Europäischen Parlament, ein voller Erfolg. Sie wiesen auf der Konferenz darauf hin, dass Frauen seit den Anfängen des europäischen Aufbauwerks „die stillen Architektinnen eines gerechteren, demokratischeren und inklusiveren Europas“ sind.

Drei ehemalige MdEP ergriffen das Wort, um die Schlüsselrolle von Frauen im europäischen Projekt hervorzuheben, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Gleichstellung, der Kultur und der Zusammenarbeit.

Francisca Sauquillo machte deutlich, dass die Gestaltung der europäischen Solidaritätspolitik in einer krisengeschüttelten Welt nicht auf Notfälle beschränkt sein darf, sondern zu einer strukturellen Säule ausgebaut werden sollte. Dies geschieht durch Zusammenarbeit, Entwicklung, gewaltfreie Konfliktbewältigung und gute Beziehungen zwischen den Völkern sowie durch die Förderung echter transnationaler Solidarität und die Überwindung einer Abschottungspolitik.

Carmen Romero stellte die „strategischen Herausforderungen und Bündnisse zwischen den beiden Seiten des Mittelmeers“ vor, wobei sie die Bedeutung des Dialogs hervorhob und sich für den Ansatz starkmachte, keine Probleme zu schaffen, wo es keine gibt. Sie bekräftigte, dass der Schwerpunkt weiterhin auf der Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und der Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer liegen muss.

Ich persönlich habe mich mit der Rolle von Frauen in „Kulturdiplomatie, Bildung und Friedensarbeit“ befasst, da Frauen in diesen Bereichen eine Schlüsselrolle spielen könnten, die sie bis heute leider nicht einnehmen. Im März hat die Europäische Kommission die Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030 auf den Weg gebracht, um eine Lücke zu schließen, was andernfalls womöglich noch 50 Jahre gebraucht hätte.

In der EU schneiden Frauen in der tertiären und akademischen Bildung besser ab als Männer, aber das Paradoxon besteht darin, dass das höhere Bildungsniveau von Frauen nicht automatisch zu gleichen Löhnen oder gleichen beruflichen Chancen führt, was vor allem auf geschlechtsspezifische Vorurteile zurückzuführen ist. Es ist bemerkenswert, dass die Entstehung des allseits bekannten Erasmus-Programms, das Millionen von europäischen Studentinnen und Studenten ein Studium im Ausland ermöglicht, gerade einer Frau zu verdanken ist. Die „Mutter“ und Schöpferin des Austauschprogramms ist die italienische Pädagogin Sofia Corradi, die 2025 verstorben ist.

Das Thema Kultur sollte als zentrales Betätigungsfeld der Diplomatie betrachtet werden. Jean Monnet sagte in Bezug auf den europäischen Integrationsprozess: „Wenn ich noch einmal von vorne beginnen müsste, würde ich mit der Kultur anfangen“.

In Artikel 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) wird die Notwendigkeit anerkannt, eine solidere und wirksamere Strategie für die internationale kulturelle Zusammenarbeit umzusetzen, die sich an der „Kulturdiplomatie“ orientiert, um eine Weltordnung zu fördern, die auf Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, gegenseitigem Verständnis und der Achtung der Grundwerte beruht. Doch es bleibt noch viel zu tun, damit die Kulturdiplomatie trotz ihrer strategischen Rolle als „Soft Power“ zu einer tragenden Säule der Außenpolitik wird. Frauen stellen nach wie vor eine Minderheit im diplomatischen Dienst dar, dasselbe gilt für ihre Beteiligung an Friedensprozessen. Ihr Beitrag ist jedoch von entscheidender Bedeutung, damit die Diplomatie inklusiver und zukunftsorientierter gestaltet wird. Die Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ist der erste internationale Rechtsakt, mit dem die entscheidende Rolle von Frauen bei der Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten sowie bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit offiziell anerkannt wird. Wirtschaftliche und rechtliche Unterschiede können ihrer Teilhabe jedoch weiterhin im Wege stehen. Wenn Frauen den gleichen Rechtsstatus wie Männern zuerkannt wird und sie als unabhängige Unternehmerinnen und Investorinnen anerkannt werden, könnte sich dadurch ihre Wirkung in Friedensprozessen erheblich erhöhen.

Monica Baldi

EVP, Italien (1994-1999)

Vizepräsidentin des Vereins der ehemaligen Mitglieder

Am 2. Juni 1946 dürfen Frauen in Italien zum ersten zur Wahlurne - Die Geburt der Italienischen Republik

Am 2. Juni 1946 entstand ein neues Italien, denn es war die erste allgemeine Wahl in der Geschichte des Landes, bei der 28 Millionen Italienerinnen und Italiener aufgefordert wurden, ihre Stimme abzugeben, um zwischen einer Monarchie und einer Republik zu wählen. Daran nahmen 25 Millionen Bürgerinnen und Bürger, d. h. 89 % der damals Wahlberechtigten teil. Bei dieser Volksabstimmung entschied sich eine Mehrheit von 12 718 641 gegen 10 718 502 Stimmen für eine Republik.

Dieses Datum vor 80 Jahren war ein zweifacher Wendepunkt, Denn zum einen ging es um das künftige institutionelle Gefüge des Landes, und zum anderen erhielten Frauen in Italien endlich das Wahlrecht.

Endlich konnten sie aus dem vormals gesetzlich verankerten Abseits heraustreten und ihre Stimme abgeben, wobei einige von ihnen bereits im März bzw. April bei Kommunalwahlen ihre Stimme abgegeben hatten. Sie mussten sich zwischen Monarchie und Republik entscheiden und außerdem die Abgeordneten der verfassungsgebenden Versammlung wählen, die die neue Verfassung der Republik erschaffen sollten.

In diese verfassungsgebende Versammlung wurden 21 Frauen gewählt, also gerade mal 3,8 % der insgesamt 556 Abgeordneten, was den kulturellen Rückschritt eines Landes nach 20 Jahre während der faschistischer Herrschaft deutlich machte, während der Frauen gemäß der patriarchalischen und nationalistischen Ideologie in die häusliche Sphäre verbannt wurden.

Einundzwanzig Frauen, die die Geschichte Italiens prägten, deren Namen aber lange Zeit unbekannt war.

Erst in den vergangenen Jahren haben wir damit begonnen, über sie als die „Mütter der Verfassung“ zu sprechen, von denen die meisten auf ein Leben voller Entbehrungen, polizeilicher Verfolgung, Verbannung und parteipolitischen Kämpfen zurückblicken konnten.

Ihre Wahl wurde mit Neugier und kaum verhohlenem Misstrauen hinsichtlich ihrer Fähigkeiten für eine so hohe Aufgabe aufgenommen, doch ihr Beitrag zur Ausarbeitung der Verfassung sollte von entscheidender Bedeutung sein. Fünf von ihnen waren Mitglieder im „Ausschuss der 75“, der eingesetzt wurde, um den Entwurf der republikanischen Verfassung auszuarbeiten, der anschließend von der verfassungsgebenden Versammlung erörtert und schließlich gebilligt wurde.

Das Frauenwahlrecht war zwar ein entscheidender Schritt in der Geschichte unseres Landes, doch hinsichtlich der rechtlichen Stellung der Frauen und ihrer Rolle in der Gesellschaft galt es noch weitere Meilensteine zu erreichen – Ziele, deren Verwirklichung durch die Arbeit der „Mütter der Verfassung“ der Weg geebnet wurde.

Ihnen verdanken wir, dass in Artikel 3, der der Gleichheit gewidmet ist, die Präzisierung „ohne Unterschied des Geschlechts“ sowie der Rasse, Sprache und Religion aufgenommen wurde – und zwar entgegen der Auffassung vieler Juristen, die es für überflüssig hielten, den Verweis auf das „Geschlecht“ ausdrücklich zu erwähnen, da der Begriff „die Bürger“ ihrer Ansicht nach bereits beide Geschlechter umfasste. Ebenso verdanken wir den „Müttern der Verfassung“ die Aufnahme der „moralischen und rechtlichen Gleichstellung der Ehepartner“ in Artikel 29 der Verfassung.

Auf dieser Grundlage wurden weitere Schritte zur vollständigen rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter unternommen. Im Jahr 1963 erhielten Frauen Zugang zum Richteramt, 1968 wurde der Straftatbestand des „von Frauen begangenen Ehebruchs“ abgeschafft, und 1975 wurde im neuen Familienrecht die Gleichstellung der Ehepartner anerkannt.

Es war ein langwieriger und beharrlicher Kampf, ein Marathon auf dem Weg zum Ziel der vollständigen Gleichstellung, die immer noch nicht vollständig erreicht war. Wir mussten 30 Jahre auf die erste Ministerin, Tina Anselmi, warten und weitere drei Jahre auf die erste Präsidentin der Abgeordnetenkammer, Nilde Iotti. Es dauerte gar über 70 Jahre, bis mit Maria Elisabetta Alberti die erste Frau das Amt der Senatspräsidentin übernahm, und erst im Jahr 2022 wurde Giorgia Meloni zur ersten Ministerpräsidentin des Landes ernannt.

Wann wird es die erste Staatspräsidentin in Italien geben?

Pia Elda Locatelli

SOC, Italien (2004-2009)

Amerikanische und britische Reaktionen auf den Schuman-Plan

Nunmehr sind 76 Jahre vergangen, seitdem der damalige französische Außenminister Robert Schuman die Initiative ergriffen hatte, seinen Plan für die Einigung Europas auf den Weg zu bringen. Wie allgemein bekannt ist, veröffentlichte Schuman seine Erklärung am 9. Mai 1950, und er reiste anschließend mit dem Zug nach London, um dort gemeinsam mit dem US-Außenminister Dean Acheson und seinem britischen Amtskollegen Ernest Bevin an einer Konferenz über die Wiederbewaffnung Deutschlands teilzunehmen. Acheson unterrichtete Präsident Truman in einem Dokument vom 10. Mai 1950 über den französischen Vorschlag für einen engeren Zusammenschluss der französischen und deutschen Kohle- und Stahlindustrie, der seiner Meinung nach bereits einen „großen Widerhall“ gefunden und „umfangreiche Spekulationen“ ausgelöst habe. Ihm zufolge soll der Vorschlag ausschließlich auf französische Initiative hin vorgelegt worden sein, und Schuman habe ihn „vor der Ankündigung nur nebenbei und ohne konkrete Details“ erwähnt, sodass Acheson zunächst „die wahre Bedeutung des Vorschlags nicht erkennen“ konnte. Nach der Einschätzung von Acheson war Jean Monnet der Hauptinitiator des Vorschlags. Der US-Außenminister teilte Präsident Truman ferner mit, dass die Franzosen bei den Bündnispartnern nicht den Eindruck erwecken wollten, es handle sich dabei um einen „Kniff, durch den sich Frankreich einen besonderen Vorteil auf dem Kontinent verschaffen möchte“. Vielmehr müsse der französische Vorschlag laut Monnet „als bedeutende, weitreichende Anstrengung nicht nur für eine deutsch-französische Verständigung, sondern als Vorschlag für eine europäische Föderation“ begriffen werden. Darüber hinaus zeigte sich Acheson vom französischen Vorschlag beeindruckt, da es den Anschein habe, dass es sich dabei um eine „tatsächliche Übertragung von Hoheitsrechten“ handle und dass eine „umfassende Offenlegung aller Tätigkeiten der Hohen Behörde“ in Betracht gezogen werde. In seiner Stellungnahme zum Schuman-Plan wies Acheson außerdem darauf hin, dass es wichtig sei, „den Franzosen Anerkennung dafür zu zollen, dass sie bewusste und weitreichende Anstrengungen unternommen haben, um die deutsch-französische Annäherung und die europäische Integration im Allgemeinen voranzubringen“.

Die Reaktion des Vereinigten Königreichs am selben Tag war ebenfalls recht zurückhaltend, wie dem Protokoll einer Sitzung am Wohnsitz des britischen Außenministers zu entnehmen ist. Der damalige britische Premierminister Clement Attlee, Außenminister Bevin und der Lordpräsident des Kronrats Herbert Morrison gehörten zu den Teilnehmern dieses Treffens. In dem Protokoll heißt es: „Es bestand allgemeines Einvernehmen darüber, dass sich die französische Regierung äußerst unangebracht verhalten hat, indem sie der Welt diesen Vorschlag zu diesem Zeitpunkt ohne jeglichen Versuch einer Rücksprache mit der Regierung Ihrer Majestät oder der US-Regierung quasi aus dem Nichts vorlegte.“ Man war sich zudem einig, dass es unerlässlich sei, eine sehr umsichtige und unverbindliche Haltung einzunehmen, bis der Vorschlag in all seinen Gesichtspunkten sorgfältiger geprüft wurde. Dem Protokoll zufolge fragten sich die Teilnehmer des Treffens, inwieweit die französische Initiative von Anliegen in Bezug auf die Verteidigung inspiriert worden sei. Darüber hinaus wurde die genaue Bedeutung des Verweises in der Schuman-Erklärung „auf die Möglichkeit des Beitritts osteuropäischer Länder“ erörtert. Wie Morrison sagte, „könnte der Schuman-Plan in erster Linie wirtschaftlicher Natur sein, wobei er aber auch erhebliche politische Auswirkungen hat.“ Die Teilnehmer der Sitzung waren sich darin einig, dass der französische Vorschlag „eine bedauerliche Tendenz der Abkehr von dem Konzept der atlantischen Gemeinschaft und eine Hinwendung zu einer europäischen Föderation“ aufzeige.

76 Jahre später hat Frankreich erneut die Bildung eines inneren Kerns zur Verteidigung Europas angestoßen, nachdem sich seit 2004 acht osteuropäische Länder der EU angeschlossen haben, der Brexit bereits seit zehn Jahren Realität ist und die USA planen, den Abzug der Truppen aus ihren Stützpunkten in Europa zu beschleunigen.

Notis Marias

ECR, Griechenland (2014–2019)

Reißen wir die Mauer der Heuchelei ein!

Im Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und anderen Gewaltsituationen ist festgelegt, dass Gewalt gegen Leib und Leben, insbesondere Mord jeder Art, jederzeit und überall verboten ist und bleibt.

Kinder, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, haben Anspruch auf besonderen Schutz und Respekt.

Am 28. Februar 2026 wurden bei US-amerikanischen und israelischen Angriffen in der Islamischen Republik Iran mehrere Ziele von Raketen getroffen. Bei diesen Angriffen wurde auch die Grundschule Shajareh Tayyebah getroffen. Der Mädchenbereich der Schule wurde komplett zerstört.

Und so verbrachten sowohl schiitische Familien als auch Familien aus der sunnitischen Minderheit der Belutschen – die eigentlich unterschiedliche Glaubensriten befolgen – die Abende des Ramadan an den frisch ausgehobenen Gräbern ihrer Kinder. All das geschah in Minab in der Provinz Hormozgan im Süden Irans. Mehr als 170 unschuldige Menschen verloren bei dem Angriff auf das Schulgelände ihr Leben. Doch hinter den nackten Zahlen verbergen sich Menschen: Mahdieh, Amin, Sobhan, Zahra, Maryam, Hananeh...

Diese tragische Meldung erschütterte die Welt. Ein Angriff auf eine Schule ist ein Angriff auf alle Schulen. Viele von uns setzen sich seit Jahren dafür ein, dass Schulen sichere Orte des Lernens für Schülerinnen und Schüler sind. Angriffe auf Schulen und die Tötung von Kindern sind zwei der sechs schweren Kinderrechtsverletzungen, die von den Vereinten Nationen definiert wurden und in der Safe Schools Declaration (Erklärung zum Schutz von Schulen) niedergelegt sind. Diese Erklärung wurde 2015 als internationale Verpflichtung zur Unterstützung „des Schutzes von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und ihren Schulen in bewaffneten Konflikten“ ins Leben gerufen. Bislang haben sich 123 Staaten dieser Initiative angeschlossen. Zu ihnen gehören auch die Vereinigten Staaten von Amerika, Israel jedoch nicht.

Am 22. Mai 2026 griffen ukrainische Drohnen im Schutz der Nacht gezielt ein Wohnheim und ein Lehrgebäude der Staatlichen Pädagogischen Hochschule in Starobilsk/Starobelsk in der ostukrainischen Region Luhansk an. Dabei griffen sie wiederholt an, wodurch sich die Zahl der Opfer erhöhte. 49 Studierende, darunter 19 Minderjährige, wurden verletzt, einige von ihnen schwer. 21 junge Menschen verloren ihr Leben. Anna, Daria, Irina, Tatiana, Artem, Maxim, Alexander, Alina, Victoria... „Nastya, es fliegt auf uns zu, ich habe Angst...“ Das waren die letzten Worte von Dasha Serdyuk, einer 19-jährigen Waisen, an eine Verwandte in Sankt Petersburg.

Die toten Mädchen wurden in Hochzeitskleidern begraben. Man hat sie „die Vögel des Donbass“ genannt, „die Engel von Starobilsk/Starobelsk“.

Parteien, die gegen die Bestimmungen der Erklärung verstoßen oder bei denen festgestellt wird, dass sie eine der sechs schweren Kinderrechtsverletzungen begangen haben, müssen mittels Sanktionen, Strafverfolgung oder anderer Mittel zur Rechenschaft gezogen werden. Was die Haftung betrifft, liegt die Verantwortung, gründliche und transparente Ermittlungen durchzuführen und die unverfälschten Ergebnisse zu veröffentlichen, bei dem Staat, der den Angriff durchgeführt hat.

Für derlei Straftaten gibt es keine Verjährungsfrist. Die Verantwortlichen werden sofort auf eine schwarze Liste gesetzt, über die diejenigen benannt und angeprangert werden, die Angriffe auf Schülerinnen und Schüler und Schulen verübt haben – im Jemen, in Pakistan, in Syrien, im Irak, in der Region Darfur, in Nigeria, in Somalia... Wir dürfen nicht die Augen vor dem verschließen, was die Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten erleiden muss – obwohl sie keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen hat, die zu den jeweiligen Konflikten geführt haben. Wir müssen handeln – und wir müssen dabei mit der gebotenen Sensibilität vorgehen.

Wir müssen klipp und klar sagen, was wir von solchen Gewalttaten und den Machthabern, die dahinterstecken, halten.

Wir dürfen die Tragödien in Minab und Starobilsk/Starobelsk nicht vergessen.

Wir haben die Verantwortung, unsere Stimme zu erheben, die Mauer der Heuchelei einzureißen. Und zwar jetzt!

Mariela Baeva

ALDE, Bulgarien (2007–2009)

Einhaltung des Assoziierungsabkommens

Meiner Ansicht nach lagen wir als ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments (der sich über Hundert MdEP anschlossen) mit unserer Initiative genau richtig, bei der Kommission die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel zu beantragen, obschon wir diese Aussetzung noch nicht erreichen konnten;

nach wie vor denke ich, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger, würden sie über einfache Exekutivbefugnisse verfügen, das Assoziierungsabkommen der EU mit Israel angesichts der äußerst schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung Netanyahu bereits vor langer Zeit ausgesetzt hätten.

Im Sinne der Schuman-Erklärung aus dem Jahr 1950 sollte ein Europa gegründet werden, das in Frieden, Zusammenarbeit und Achtung der Menschenwürde geeint ist – eine Reaktion auf die Schrecken des Krieges. Unsere gemeinsamen Grundsätze und Werte sind Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Stabilität. Auf dieser Grundlage und in dieser Erwartung geben wir alle fünf Jahre bei den Wahlen zum Europäischen Parlament unsere Stimme ab.

Bürgerinnen und Bürger der EU zu sein, bedeutet auch, Verstöße gegen das Völkerrecht zu verhindern; es geht darum, den abscheulichen blutigen Völkermord anzuprangern und zu verurteilen. Und es bedeutet, dass wir von unseren Vertreterinnen und Vertretern in der EU verlangen, dass Assoziierungsabkommen auch eingehalten werden.

María Izquierdo Rojo

SOC, SPE, Spanien (1980-1993, 1993-2004)

Aktivitäten des Vereins

LIBRORUM: Ón Spidéal go Strasbourg

Am Montag, den 29. Juni, stellte das Librorum des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments das Buch „**Ón Spidéal go Strasbourg**“ vom ehemaligen irischen MdEP Sean O’ Neachtain vor. Sean, ein irischer Muttersprachler, trug entscheidend dazu bei, dass die irische Sprache als offizielle Arbeitssprache der EU anerkannt wurde.

Monica Baldi begrüßt die Mitglieder und Teilnehmenden und freut sich, so viele ehemalige Kolleginnen und Kollegen zu sehen. Fearghas O’ Beara, Leiter des Büros des Europäischen Parlaments in Dublin, gibt eine Einführung in das Buch und geht auf das Thema weniger bekannte Sprachen in Europa ein. Fearghas O’ Beara ist den ehemaligen Mitgliedern aufgrund seiner Arbeit mit dem Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments bekannt. Während des irischen Ratsvorsitzes wird er als Referatsleiter des Büros in Dublin sehr beschäftigt sein, weshalb wir uns sehr freuen, ihn begrüßen zu dürfen. Möglicherweise wird es einen erneuten Besuch seinerseits geben, um über den postsäkularen Ansatz zu diskutieren, den die Organe der Europäischen Union in Bezug auf die Beziehungen zwischen Religion und Staat verfolgen. Michael Hindley stellt den Autor Sean O’ Neachtain vor, einschließlich einiger Erinnerungen von Kolleginnen und Kollegen, und er ist auch bereit, etwaige Fragen zu moderieren.

Sean O’ Neachtain stellte den Westen Irlands auf europäischer Ebene erstmals 1994 vor, als er zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt wurde. Diese Erfahrung war am wertvollsten, als er 2002 Mitglied des Europäischen Parlaments wurde. Sean O’ Neachtain erläutert in seinem Buch nicht nur, wie wichtig die EU und ihre Institutionen für junge Menschen sind, sondern auch, wie sie das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger selbst im äußersten Westen beeinflussen. Als ehemaliger Lehrer betont er, wie wichtig es sei, jungen Menschen auf Schulebene die Möglichkeit zu geben, an Bildungsaustausch in Europa teilzunehmen.

Sean O’ Neachtain erläutert seinen Weg von einem Mitglied der lokalen Regierung in der Grafschaft Galway zum Mitglied des Europäischen Parlaments. Sean O’ Neachtain stammt aus An Spidéal, einer Küstenstadt in der Connemara Gaeltacht im Westen Irlands, die einer der letzten Orte ist, an denen im 21. Jahrhundert Irisch noch im Alltag gesprochen wird. Es ist ein sehr vertrauter Ort, da sein Bruder Uinsionn mit Ehefrau Una ihre fünf Kinder einige Meilen westlich in Inverin mit Irisch als Muttersprache aufgezogen haben, was einer der Gründe dafür ist, dass er das Librorum besucht habe. Die weltweite Dominanz des Englischen und die Tatsache, dass viele irische Bürgerinnen und Bürger, wie er selbst, englische Muttersprachler sind, haben es immer schwieriger gemacht, Regionen, in denen Irisch gesprochen wird, am Leben zu erhalten.

Sean O’ Neachtain erzählt von seiner aktiven Beteiligung an der Einführung von Irisch, einer Amtssprache Irlands, als offizielle Arbeitssprache in der EU. Dies erforderte zahlreiche Treffen und Verhandlungen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Als irischer Muttersprachler konnte Sean O’ Neachtain auf Irisch vor dem Europäischen Parlament sprechen. Er erläutert, wie der offizielle Status die internationale Anerkennung der irischen Sprache und dieser einzigartigen Identität in einer erweiterten EU gewährleistet und sicherstellt, dass die irische Kultur ihre Bedeutung in einem erweiterten Europa behält.

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.
Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

Mehrere Kolleginnen und Kollegen stellen Fragen und gratulieren Sean O' Neachtain zu seiner Arbeit. Insbesondere sei es schön, alte Freunde und Kolleginnen wiederzusehen.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl geht in ihren abschließenden Bemerkungen auf ihre eigenen Erfahrungen als Muttersprachlerin sowohl der niederländischen als auch der französischen Sprache und die Bedeutung der europäischen Identität mit unterschiedlichen Sprachen und Regionen ein.

Nuala Ahern

V, Verts/ALE, Irland (1994-1999, 1999-2004)

Die Zeit ist reif – von Adenauer zu Kubilius

EU-Verteidigungskommissar Andrius Kubilius hat mich mit seinem eindringlichen Eintreten für eine Europäische Verteidigungsunion auf der Jahrestagung des Vereins der ehemaligen Mitglieder im Juni an ein in Vergessenheit geratenes Projekt erinnert: die 1952 gegründete Europäische Verteidigungsgemeinschaft der sechs Gründungsländer. Die damalige Idee wird Jean Monnet zugeschrieben; dieses supranationale Projekt beruhte auf dem Pleven-Plan von 1950 und wurde 1952 – nur ein Jahr nach Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – von den sechs Gründerstaaten unter der Führung von Konrad Adenauer, Robert Schumann und Alcide di Gasperi in die Tat befürwortet. Ihre Beweggründe bestanden zum einen darin, die junge Bundesrepublik Deutschland zu integrieren und sie (nur sieben Jahre nach dem Ende der Terrorherrschaft von Nazi-Deutschland über Europa) auch unter Kontrolle zu halten, und zum anderen darin, das Friedensprojekt eines vereinten Europas voranzubringen. Das Vorhaben scheiterte jedoch 1954 wegen der Ablehnung durch das französische Parlament.

Es lohnt sich, sich erneut einen Blick auf den Text zu werfen, da er eine Reihe von Elementen enthält, die für die aktuelle Debatte über die Europäisierung der Verteidigungspolitik von Interesse sind. Mit den 132 Artikeln des Vertrags wurden peinlich genau alle Aspekte der kollektiven Verteidigung festgelegt – von der Organisationsstruktur und der internationalen Zusammenarbeit bis hin zu den verschiedenen Teilen der Streitkräfte und der Munition.

Darüber hinaus war das Projekt zwischen den Vereinten Nationen und der NATO angesiedelt, wobei insbesondere eine enge Zusammenarbeit mit der NATO angestrebt wurde. Die Organisationsstruktur orientierte sich passgenau an der des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (die auch heute noch in der EU fortbesteht). Die militärischen Fähigkeiten sollten durch gemeinsame Verteidigungskräfte, einen gemeinsamen Haushalt und gemeinsame Rüstungsprogramme gesichert werden, und zwar ausdrücklich, ohne den sozialen Fortschritt zu gefährden. Darüber hinaus waren die Gründer davon überzeugt, dass der Patriotismus in den Mitgliedstaaten durch die gemeinsamen Streitkräfte nicht schwinden, sondern sogar gestärkt würde.

Bei der Organisation der Armee sah man eine gemeinsame Kommandostruktur vor, und die Soldaten sollten unter derselben Flagge dienen. Gleichzeitig konnten die einzelnen Länder (mit Ausnahme Deutschlands) jedoch auch nationale Kontingente beibehalten.

Das Projekt scheiterte, weil die Vorbehalte gegen den Verzicht zumindest eines Teils der nationalen Souveränität in der Verteidigungspolitik größer waren als von den Gründervätern erwartet. Die Chance war somit vertan, und die NATO wurde stattdessen zum wichtigsten Akteur. Heute erweist sich das Fehlen einer europäischen Verteidigungsstrategie jedoch als Ausdruck des Nationalismus und damit als Verlust der kontinentalen Souveränität.

Das Scheitern des Vorhabens macht deutlich, wie komplex die Realpolitik in den europäischen Verteidigungsangelegenheiten ist. Ein solches Projekt erfordert große Ideen, aber auch enorme Ausdauer. Zudem erfordert es die Fähigkeit unserer Gründerväter, dort, wo es keinen geradlinigen Weg gibt, Lücken zu finden, in denen Elemente dieser großen Ideen verwirklicht werden können. In dieser Hinsicht könnte sich gerade jetzt eine neue Gelegenheit ergeben haben, denn der Prozess des Beitritts der Ukraine zur EU wird viel Zeit in Anspruch nehmen.

Die Integration im Verteidigungsbereich ist jedoch eine realistische Möglichkeit, und auf diesem Feld kann die EU von der Ukraine viel lernen.

Birgit Daiber

V, Deutschland (1989–1994)

Unser Engagement für Europa

Während ich über die jährlichen Veranstaltungen und die Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments nachdenke, gibt es zwei Versammlungen, die sich besonders hervorheben. Erstens die Ausstellung zum 25. Jahrestag, in der die Geschichte des VEM von seiner Gründung bis heute nachgezeichnet wurde. Zweitens unsere zutiefst berührende jährliche Gedenkfeier im Plenarsaal des Parlaments. Diese Ereignisse, die am 2. Juni stattfanden, erinnern uns gleichzeitig daran, woher wir kommen, an die Freundinnen und Freunde, die von uns gegangen sind, und an die entscheidende Rolle, die der Verein der ehemaligen Mitglieder weiterhin bei der Wahrung und Stärkung des europäischen Aufbauwerks spielen muss.

Die Quästoren Marc Angel und Fabienne Keller, die für die Beziehungen zum VEM zuständig sind, nahmen an unseren Veranstaltungen teil, ebenso wie Vizepräsidentin Katarina Barley, die den gemeinsamen Vorsitz der Gedenkfeier führte und bei unserem Cocktailempfang eine Begrüßungsansprache hielt. Wir möchten ihnen und natürlich dem Europäischen Parlament unseren besonderen Dank für ihre kontinuierliche Unterstützung aussprechen.

Die Eröffnung unserer Ausstellung zum 25. Jahrestag im Yehudi-Menuhin-Bereich war ein Moment voll großen Stolzes. Es war die Gelegenheit, gemeinsam die Ausstellungstafeln zu erkunden, die unsere gemeinsame Geschichte verkörpern. Sie bot die Gelegenheit, andere ehemalige MdEP und geladene Gästen zu treffen und gemeinsam die Ausstellungstafeln zu begutachten, in denen unsere gemeinsame Geschichte zusammengefasst und hervorgehoben wird, dass unser Verein das lebendige Vermächtnis eines weltweit einzigartigen Parlaments darstellt. Auch der Auftritt des Chors des Europäischen Parlaments bewegte mich zutiefst und verlieh dieser Feier eine ganz besondere Bedeutung. Die Ausstellung war ein eindrucksvoller Beweis für unser Engagement, das auch nach Ablauf unserer Amtszeit im Parlament ungebrochen ist. Es ist ein Bekenntnis zu Zusammenarbeit, Solidarität und dem gemeinsamen Mut, der für den Aufbau der EU erforderlich ist, wie später an diesem Tag mit Audrius Kubilius, dem Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt, erörtert wurde. Unsere Arbeit ist nie wirklich abgeschlossen, und wir stehen in einer zunehmend herausfordernden und sich wandelnden Welt weiterhin gemeinsam für unsere Union ein.

Dieses tiefe Gefühl der Sinnhaftigkeit war auch bei unserer siebzehnten jährlichen Gedenkfeier ebenso stark zu spüren. Als wir uns im Plenarsaal versammelten, waren viele von Ihnen sowie trauernde Angehörigen bei uns. Es war eine zutiefst bewegende Zeremonie, bei der ich die Ehre hatte, einige Zeilen von Julie von Hausmann vorzutragen, die mir sehr viel bedeuten. Als wir gemeinsam innehielten, um unserer im vergangenen Jahr verstorbenen Kolleginnen und Kollegen zu gedenken, wurde uns bewusst, dass ihr Vermächtnis uns weiterhin inspiriert, da es genau jene Werte verkörpert, von denen sich dieses Organ leiten lässt. Die europäische Einheit erfordert nicht nur eine politische Vision, sondern auch die Bereitschaft zum Dialog und zu gegenseitigem Respekt.

Der Vorstand des VEM möchte allen Mitgliedern und Gästen des VEM, die an unseren jährlichen Veranstaltungen in Brüssel teilgenommen haben, sowie all jenen, die das ganze Jahr über zur Arbeit des VEM beigetragen haben und dies auch weiterhin tun – durch die Teilnahme an unseren Studienbesuchen und Veranstaltungen, durch Vorträge im Rahmen des Programms „EP to Campus“, durch Beiträge zu unserem Bulletin und durch die Wahl unseres Vorstands –, seinen tiefen Dank aussprechen. Wenn wir auf die Veranstaltungen im Juni zurückblicken, gedenken wir auch Präsident Klaus Hänsch, der in seiner Funktion als Vorsitzender des Vereins maßgeblich zu deren Erfolg beigetragen hat und leider am 4. August 2026 verstorben ist.

Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit Ihnen unser Engagement für unseren Verein und vor allem unser Engagement für Europa fortzusetzen.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl
EVP, Deutschland (1989-2019)

Der Europatag im Museum Pau Casals

Pau Casals (oder Pablo Casals, wie er nach seinem musikalischen Erfolg 1899 in Paris weltweit genannt werden wollte) war ein Künstler, der die Musik des 20. Jahrhunderts prägte. Er war Musiker durch und durch: Als Cellist wurde er berühmt, weil er das Cellospiel von Grund auf revolutionierte und das Cello als Soloinstrument ins Rampenlicht rückte. Außerdem war er ein außergewöhnlicher Orchesterdirigent und großartiger Komponist. Doch nicht nur in Musikkreisen erlangte Casals Weltruhm, sondern auch wegen seines Engagements bei der Verteidigung des Friedens, der Demokratie, der Freiheit und der Menschenrechte. Er selbst sagte, man könne die Musik nicht vom Leben trennen. Deshalb zeugte seine Musik ebenso wie sein Schweigen von seinem lebenslangen Einsatz für die Grundwerte und somit den Bau einer besseren Welt.

Casals kannte Unterdrückung, er wusste von sogenannten Gulags. Deshalb beschloss er, nicht mehr in Sowjetrußland aufzutreten. Als Adolf Hitler 1932 die Wahl gewann und sich 1933 zum Führer erklärte, spielte Casals auch nicht mehr in Nazideutschland. Mit dem faschistischen Italien unter Mussolini verfuhr er genauso. Als der spanische Bürgerkrieg ausbrach, beschloss Casals, den Menschen zu helfen, die von den Kämpfen und Bombardements betroffen waren. Nachdem Francos Heer gesiegt hatte, ging er im Januar 1939 ins Exil nach Prades (Frankreich).

1946, nach dem Zweiten Weltkrieg, leitete er mit seinem Schweigen eine große Protestbewegung ein: Er weigerte sich, in den alliierten Ländern zu spielen, weil für ihn unverständlich war, wie sie Francos Diktatur in Spanien anerkennen konnten.

Aus seinem Exil beteiligte er sich an der Hilfe für Tausende republikanische Flüchtlinge aus Spanien, von denen viele in Konzentrationslagern in Südfrankreich waren. 1956 zog er als Exilant nach Puerto Rico. Von dort aus half er weiter den spanischen republikanischen Flüchtlingen und setzte sich nach wie vor für die Verteidigung des Friedens, der Demokratie, der Freiheit und der Menschenwürde ein.

Deshalb wurde er viermal (1958, 1963, 1971 und 1973) als großer Musiker und Friedensverteidiger von den Vereinten Nationen eingeladen.

Die UNO gab ihm den Auftrag, eine „Hymne für die Vereinten Nationen“ zu einem Gedicht des englisch-amerikanischen Dichters Wystan Hugh Auden zu komponieren, die am 24. Oktober 1971 aufgeführt wurde. Als Casals sein Stück fertig dirigiert hatte, verlieh ihm Generalsekretär U Thant die erste Friedensmedaille der Vereinten Nationen als Anerkennung seines außergewöhnlichen lebenslangen Einsatzes für die Verteidigung des Friedens, der Demokratie, der Freiheit und der Menschenrechte.

Die zehn letzten Jahre seines Lebens waren von intensiver musikalischer Tätigkeit geprägt. Er dirigierte in Städten auf der ganzen Welt und führte mehr als siebzimal das Oratorium „El Pessebre“ auf, ein Loblied auf Frieden und Eintracht.

Maria Badia, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 2020 Schirmherrin der Stiftung Pau Casals, war es schließlich, die den Weg dafür ebnete, die Idee einer jährlichen Veranstaltung am Europatag im Museum Pau Casals in die Tat umzusetzen.

Sie brachte ihre enorme Erfahrung, ihre Kontakte, ihre Vision und ihren Einsatz für das europäische Aufbauwerk in diese Begegnung ein, die seit 2023 organisiert wird und das lebendige Vermächtnis eines der berühmtesten Musiker des 20. Jahrhunderts und Verteidiger des Friedens, der Demokratie, der Freiheit und der Menschenrechte mit den Grundwerten des europäischen Aufbauwerks verbindet.

Dank der Idee, dieses jährliche Treffen mit Diskussionen und Gesprächen über die Rolle der Kultur und des Friedens beim europäischen Aufbauwerk zu organisieren, kommen seither ehemalige Präsidenten des Europäischen Parlaments, Abgeordnete aus verschiedenen Ländern, Vertreter von Einrichtungen und berühmte Persönlichkeiten aus den Bereichen des Denkens, der internationalen Beziehungen, der Kommunikation und der Kulturwelt zusammen.

Die alljährliche Erklärung für Kultur und Frieden im Rahmen des europäischen Aufbauwerks, für die Musik als Weltsprache und für Gedanken und Gespräche der Teilnehmenden vereinte sich mit der Kraft und der Schönheit dieses Ortes, der für Pau Casals so besonders war.

Dass das musikalische und humanistische Erbe von Pau Casals nach wie vor so lebendig und aktuell ist, ist eine wichtige Inspirationsquelle für das europäische Aufbauwerk.

Pau Casals war seiner Zeit voraus: Er setzte sich zeitlebens in außergewöhnlichem Maße für die Menschenwürde, die Freiheit, die Demokratie, die Gleichstellung, den Rechtsstaat und die Menschenrechte ein.

Als lebendiges Zeugnis dieses historischen Engagements verbindet das alljährliche Treffen für Europa, Kultur und Frieden die Anstrengungen und den Einsatz vieler Generationen von Bürgerinnen und Bürgern mit der Gegenwart und dem Ziel, ein geeintes Europa in einer besseren Welt zu schaffen.

Jordi Pardo

Direktor der Stiftung Pau Casals

Kooperation mit dem EUI

Besuch in Florenz und im Historischen Archiv der EU

Mit „EP to Campus“ hatte ich bereits in Polen, Bulgarien und Rumänien schöne Erfahrungen gesammelt, aber in Florenz war ich noch nie gewesen. Monica Baldis Initiative, die Funktionsweise des Historischen Archivs der EU kennenzulernen und Schülerinnen und Schüler zu treffen, war eine besondere Gelegenheit, die ich mir nicht entgehen lassen wollte. Eine Reihe von VEM-Mitgliedern hatte bereits Gelegenheit, diese wundervolle Erfahrung zu erleben. Ich konnte mich an eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern wenden und einen Dialog mit ihnen beginnen.

Es waren Schülerinnen und Schüler des Abschlussjahrgangs an der Europäischen Schule in Parma. Das originelle didaktische Programm begann für mich mit der Wahl eines Objekts aus der Vergangenheit meiner Familie, das ich mit Europa in Verbindung bringen konnte.

Im Europäischen Parlament war ich Mitglied des Ausschusses für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr. Das Objekt, das ich ausgewählt habe, war eine Vase oder kleine Gießkanne in Form eines Hahns. Das war ein Souvenir, das meine Mutter während meiner ersten Reise durch Europa gekauft hatte: mit dem Nachtzug von Brüssel zum Gardasee – ich war damals 10 Jahre alt, und ich konnte viel darüber erzählen. Die Schülerinnen und Schüler hatten ebenfalls Objekte aus ihrer Familie ausgewählt und konnten diese vorstellen. Die Idee bestand darin, die Bedeutung der Archivierung und Bewahrung kultureller, historischer Objekte und Texte zu entdecken. Genau das tut das Historische Archiv der EU. Ich war sehr beeindruckt von der Örtlichkeit: die wunderschöne Villa Salviati, auf einem Hügel außerhalb des Zentrums, umgeben von einem herrlichen Park.

Der zweite Teil war ein persönlicher Beitrag: Ein Familienfoto mit meinem Großvater, der 1914-1918 Soldat in der belgischen Armee gewesen war, und meiner Großmutter, die er während des 1. Weltkriegs in Rouen gelernt hatte. Sie starb jedoch 1944 in Kortrijk infolge der (britischen) Bombenangriffe auf meine Stadt im Zweiten Weltkrieg. Ich habe sie also nie kennengelernt.

Ich wurde auch gebeten, ein Gemälde auszuwählen, und ich wählte „Guernica“ von Pablo Picasso als Symbol für alle Bombenangriffe auf Städte, denen unschuldige Bürgerinnen und Bürger zum Opfer fielen. Als zweites Gemälde wählte ich „Hémicycle Strasbourg“ von John Lynch aus der Sammlung zeitgenössischer Kunst des EP. Dieses Gemälde symbolisiert die Verschwendung, die jeden Monat durch den obligatorischen Umzug von Brüssel nach Straßburg entsteht, eine symbolische Stadt der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich.

Im letzten Teil des Treffens ging es um einen Vorschlag zur Stärkung der Unionsbürgerschaft. Daraus entstand die Idee, dass der 9. Mai von allen Mitgliedstaaten als offizieller Feiertag anerkannt werden sollte, was das Zugehörigkeitsgefühl und die Teilhabe an der europäischen Integration in Europa stärken würde. Vielleicht könnte der VEM diesen Vorschlag aufgreifen und der Kommission übermitteln?

Jan Dhaene

Vers/ALE, SPE, Belgien (2002-2004, 2004)

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.
Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

Kooperation mit dem EUI

Wie jedes Frühjahr habe ich im Rahmen des Europäischen Programms für politische Bildung mit großer Freude die Einladung des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz angenommen, mich mit einer Klasse von Schülern weiterführender Schulen zu treffen, um mit ihnen die Institutionen der Europäischen Union und die Bedeutung Europas zu erörtern, und zwar im derzeitigen äußerst komplexen und oft besorgniserregenden internationalen Kontext.

Die Schüler der weiterführenden Schule „Istituto Giuseppe Teano“ in Florenz haben jeweils eine persönliche Erinnerung oder ein Zeugnis mitgebracht, womit sie ihr Zugehörigkeitsgefühl zur Europäischen Union zum Ausdruck bringen wollten. Ich wiederum hatte den Text der Europäischen Verfassung im Gepäck, an deren Ausarbeitung ich als vom Europäischen Parlament benanntes Mitglied teilgenommen hatte.

Die Europäische Verfassung, die nach langen Monaten harter Arbeit angenommen und von den Mitgliedern des Europäischen Konvents in Rom unterzeichnet wurde, trat dann anschließend wegen der Ablehnung bei den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden nicht in Kraft. Wenn dieses Projekt umgesetzt worden wäre, hätte Europa weitere Fortschritte gemacht, und wir hätten heute weder das Demokratiedefizit des Parlaments noch Kritik von Übersee oder wirtschaftlichen Druck vonseiten anderer Staaten, da wir eine politische Union wären, die in der Lage wäre, eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik zu betreiben.

Europa darf nicht nur ein großer Traum bleiben, sondern unsere Bürger brauchen Sicherheit – von der Sicherheit im Hinblick auf die industrielle und landwirtschaftliche Produktion bis hin zu sozialen Errungenschaften und Empathie – mit klaren und respektierten Regeln, damit alle Probleme und Chancen im Zusammenhang mit der Einwanderung angegangen werden können.

Auch heute noch ist die einstimmige Beschlussfassung der Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten im Europäischen Rat eine Bremse, ein Hindernis für das Wachstum Europas, und es muss sich eine Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit durchsetzen, nach einem Grundsatz, der sich nicht darauf beschränkt, das Prinzip „eine Person, eine Stimme“ festzuschreiben, sondern bei dem auch der Anteil der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union berücksichtigt wird, den jeder Staat repräsentiert.

Um die größten Nachteile zu überwinden, könnte die EU den gleichen schrittweisen Ansatz wählen wie man es beim Euro getan hat, dem die Mitgliedstaaten freiwillig beigetreten sind, sobald sie sich dazu bereit fühlten; genauso könnten wir heute auch vorgehen, um die politische Union, die Energieunion und die gemeinsame Verteidigung ins Leben zu rufen.

Die Schüler und ihre Lehrer haben mir aufmerksam zugehört und dann verstanden, dass Entscheidungen über wirtschaftliche Angelegenheiten nicht von einer klaren geopolitischen Vision getrennt werden können; um eine solche zu erlangen, muss man über das Weltgeschehen informiert sein und die Fähigkeit besitzen, einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Leider wurde das Energieproblem mit seinen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung noch nicht mit der gleichen Synergie angegangen, mit der die Covid-19-Pandemie bekämpft wurde, und die Tatsache, dass die Einrichtung von Schutzmaßnahmen den einzelnen Staaten überlassen bleibt, anstatt von Brüssel koordiniert zu werden, zeigt, dass der eingeschlagene Kurs fürwahr unzulänglich ist.

Zu viele Regierungen befassen sich nach wie vor mit internen und externen Dringlichkeiten auf der Grundlage ihrer eigenen spezifischen Verfahren und Zeitpläne. Die Europäische Verfassung wurde abgelehnt, weil sie in die Zukunft geblickt hat und ihre Annahme ein europäisches Referendum und kein Referendum auf staatlicher Ebene erfordert hätte. Wenn wir nichts ändern, werden wir weiterhin ein schwaches Europa bleiben, während die europäischen Bürger mitreden und sich geschützt fühlen wollen. Deshalb müssen sich junge Menschen nun verstärkt darauf konzentrieren, zu lernen und sich mit den Problemen auseinanderzusetzen, ohne sich von den Falschmeldungen in den vielen Social Media irreführen zu lassen.

Ich möchte den Lehrkräften und den Schülerinnen und Schülern für die harte Arbeit danken, die sie gemeinsam geleistet haben und die Früchte tragen wird – für ein flexibleres, entschlosseneres Europa, das sich den Bedürfnissen seiner Bürger zuwendet, die ihrerseits in der Lage sein werden, dem Rest der Welt mit Empathie zu begegnen.

Cristiana Muscardini

AN, UEN, EVP, ECR, Italien (1989-1999, 1999-2009, 2009-2012, 2012-2014)

EP to Campus - Málaga, den 9.5.2026

Europa in einer brüchigen Welt

Die Fakultät für Volks- und Betriebswirtschaftslehre der Universität Málaga bot ein unerwartet vitales Umfeld für diese Veranstaltung im Rahmen des Programms „EP to Campus“. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 60-jährigen Bestehen der Fakultät, die am Europatag begangen wurden, kamen viele Master-Studenten aus verschiedenen Studiengängen der Fakultät sowie eine Gruppe von rund 20 jugendlichen Teilnehmern mehrerer EU-bezogener Bildungsprogramme in dem brechend vollen Konferenzsaal zusammen. Zwei unterschiedliche Generationen fanden sich im selben Raum ein, was dem Nachmittag seine Würze gab.

In dem Vortrag mit dem Titel „Europa in einer brüchigen Welt – Risiken, die wir nicht sehen, und Stärken, die wir nicht nutzen“, sollte ein Narrativ infrage gestellt werden, das offenbar allzu viele junge Europäer verinnerlicht haben, nämlich dass die EU ein Projekt ist, das sie nichts angeht, da es von einer anderen Generation für eine Welt geschaffen wurde, die nicht mehr existiert. Das Kernargument des Vortrags ging in die entgegengesetzte Richtung. Die geopolitischen Umbrüche der vergangenen Jahre – der Kollaps des transatlantischen Bündnisses, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die allmähliche Auflösung der multilateralen Handelsordnung – sind kein vorübergehendes Gewitter. Sie sind vielmehr struktureller Natur. Dies macht die europäische Integration nicht weniger relevant, sondern dringlicher denn je seit Beginn des Aufbauwerks.

Das Jubiläum der Fakultät bot einen natürlichen Einstieg in die Diskussion. Vor 60 Jahren, als diese Institution gegründet wurde, war die Europäische Gemeinschaft selbst noch in ihren Kinderschuhen. Die damalige Welt, die beide geformt hat, hat sich inzwischen bis zur Unkenntlichkeit verändert. Es war daher naheliegend, diesen Jahrestag mit der Frage zu verknüpfen, ob die jeweiligen Institutionen in der Lage sind, sich schnell genug an die Herausforderungen anzupassen, mit denen sie konfrontiert sind.

Der Inhalt des Vortrags stützte sich auf jüngste Analysen, einschließlich der Berichte von Mario Draghi über die europäische Wettbewerbsfähigkeit, um deutlich zu machen, dass Europas Problem nicht ein Mangel an Pluspunkten ist. Der Binnenmarkt, unsere soliden Menschenrechte und sozialen Rechte sowie eine Liste von Beispielen (wie das weltweite niederländische Monopol für fortschrittliche Chip-Fertigungsmaschinen, der Durchbruch der deutschen Firma BioNTech bei der mRNA-Technologie, das europäische Servicemodul für den Antrieb der Mondmission Artemis II, Galileo und Copernicus oder die neu entstehende europäische Infrastruktur für Quanteninformatik) wurden als Belege für echte strategische Stärken in verschiedenen Bereichen genannt. Was fehlt, ist der politische Wille, sie kohärent, in großem Maßstab und mit einer europäischen Logik anstelle von 27 nationalen Beweggründen zu nutzen.

Bei den darauffolgenden Fragen und Antworten ging es lebhaft zu, und es ging auch in die Tiefe der Materie. Die Studenten wiesen eindringlich auf das Spannungsverhältnis zwischen der Regulierung der künstlichen Intelligenz und der Gefahr von Innovationshemmnissen hin, was eine wirklich schwierige Frage ist, auf die es keine einfache Antwort gibt. Andere fragten, wie Europa realistischerweise strategische Autonomie im Verteidigungsbereich aufbauen könne, ohne dabei einfach die NATO-Strukturen zu replizieren oder in antiamerikanische Ressentiments zu verfallen.

Der Meinungs Austausch war wirklich von hoher Qualität. Ein Student zählte mit dem Brustton der Überzeugung eine Reihe altbekannter Argumente auf, wonach der Krieg in der Ukraine auf Provokationen der EU und der NATO gegenüber einem ansonsten kooperativen Russland zurückzuführen sei. Dies entspricht dem standardmäßigen revisionistischen Framing, wie es im Internet weit verbreitet ist. In der Tat war das ein willkommener Anlass, in einem Raum, in dem sich Menschen ihre Meinung bilden, direkt gegen Desinformation anzugehen. Bei der Gegenargumentation wurden die Behauptungen aufgegriffen, die historischen Fakten herangezogen und die logischen Lücken in dem Narrativ eingehend erörtert. Diese Art des Austauschs ist genau der Zweck einer solchen Veranstaltung.

Die Teenager der Sekundarschule hörten zunächst aufmerksam zu, anschließend stellten aber mehrere von ihnen die Fragen, die sie bewegten. Das war vielleicht das ermutigendste Zeichen des ganzen Nachmittags.

Das Einbringen von Erfahrungen in einen Hochschulraum voller motivierter Zuhörer, just am Europatag, wobei einige der Anwesenden noch nicht alt genug waren, um zur Wahl zu gehen, fühlte sich genau als die richtige Daseinsberechtigung dieses Programm und unseres Vereins an.

Ignasi Guardans

ALDE, Spanien (2004-2009)

EP to Campus - Lutsk den 9.5.2026

Ein Plädoyer vor Ukrainerinnen und Ukrainern für ein sicheres Europa

Wenn Sie vor einem Publikum stehen – egal ob live oder per Videoübertragung – müssen Sie sich vergewissern, dass das Publikum und Sie einen gemeinsamen Kontext haben. Manchmal ist das ganz einfach, manchmal aber auch etwas kompliziert. Käme das Publikum aus den nordischen Ländern, so wäre mir die Geschichte ihrer Länder vertraut. Wahrscheinlich hätte ich regelmäßig Zeitungen aus diesen Ländern gelesen, und ich bin mir sicher, dass ich mich bei einigen guten alten Freunden vorher hätte vergewissern können, dass ich mit meinen Witzen niemanden beleidige. Auf jedem Fall aber muss man zum Publikum sprechen und nicht über die Köpfe hinweg reden.

Vor einem ukrainischen Publikum ist es komplizierter. Zunächst einmal steht die Ukraine mitten im Krieg. Als Journalist habe ich über mehrere Kriege berichtet, aber darüber berichten heißt eben nicht, die gesamte emotionale Tragweite zu begreifen, wenn das eigene Land von einem Feind angegriffen wird, der nicht einmal zugesteht, dass es eine jahrhundertalte ukrainische Kultur und eine eigenständige ukrainische Geschichte gibt – das ist doch etwas, das ich so noch nicht kannte.

Die erste Aufgabe war also, eine gemeinsame Grundlage zu finden. Und für Finnland und die Ukraine gibt es tatsächlich eine tiefgreifende und emotionale Gemeinsamkeit. Unmittelbar nach dem Molotow-Ribbentrop-Pakt und als direkte Folge dieses Pakts wurde Finnland von der Sowjetarmee auf dieselbe heimtückische Weise überfallen wie die Ukraine vor mehr als vier Jahren.

Und es gibt noch etwas, das vergleichbar ist. Mit dem Pakt von 1939 war ein brüchiges sicherheitspolitisches System an sein Ende gelangt. Heute sind wir Zeugen der Zerschlagung des Systems, das nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurde. Der Präzedenzfall ist die Ukraine.

1939 brach die Hölle los. Doch in einem der folgenden Jahre gab es zwei bedenkenswerte Erklärungen eines amerikanischen Präsidenten. Zum einen die Atlantik-Charta, die im Prinzip vorsah, nach dem Krieg keine Grenzveränderungen vorzunehmen, und zum anderen Franklin D. Roosevelts Rede über die vier Freiheiten.

Die Zusage aus der Atlantik-Charta konnte nicht eingehalten werden, vor allem weil Stalin beschlossen hatte, eine perfide konzipierte Einflusszone zu errichten. Stalins Wille war es, dass Polens Grenze auch künftig wie im Molotow-Ribbentrop-Pakt vereinbart verläuft. Und Wladimir Putin scheint sich von derselben Logik leiten zu lassen.

Ich kann nicht beurteilen, wie gut es mir gelungen ist, Gemeinsamkeiten aufzuzeigen, aber im Nachhinein sprach ich mit Lessja Koroltschuk, der Organisatorin, und sagte zum Abschluss: Wir sehen uns in Luzk!

Es war eine schöne Erfahrung, als Finne und als Europäer zu Ihnen sprechen zu dürfen, aber gleichzeitig müssen wir uns selbst und den Ukrainerinnen und Ukrainern versprechen, dass wir – für sie und mit ihnen – auf Dauer da sein werden, um das herbeizuführen, was die westlichen Staats- und Regierungschefs bereits vor 86 Jahren versprochen hatten: die Freiheit der Meinungsäußerung, die Freiheit von Furcht, die Freiheit von Not und die Freiheit der Weltanschauung.

Nils Torvalds

ALDE, Renew, Finnland (2012–2019 bzw. 2019–2024)

In Memoriam

Gedenken an Ursula Schleicher

Im Juni 2026 verstarb unsere hoch geschätzte Parlamentskollegin Ursula Schleicher im gesegneten Alter von 93 Jahren in ihrem Heimatort Aschaffenburg. Sie war Gründungsmitglied unseres Vereins „Frühere Mitglieder des Europäischen Parlaments“.

Dem Europäischen Parlament gehörte sie als Mitglied der EVP-Fraktion von der ersten Direktwahl im Jahr 1979 bis zu ihrem Ausscheiden im Jahr 2004 an.

Auf europäischer Ebene nahm sie wichtige Funktionen und hohe Ämter wahr, namentlich ab 1983 als Präsidentin der europäischen Frauenunion, dann als Vizepräsidentin der Europäischen Bewegung und von 1994 bis 1999 als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments.

Vor ihrer Berufung ins Europäische Parlament gehörte sie dem Deutschen Bundestag an, und zwar von 1972 bis 1980.

Ursula Schleicher war eine besonders herzliche und engagierte CSU-Politikerin, die als ausgebildete Musikerin, nämlich als Harfenistin, mit viel Empathie auf die Menschen zuing. Ihr besonderes Interesse galt den Themen Sozialpolitik und Gleichberechtigung der Frau in Politik und Gesellschaft. Außerdem war sie in mehreren parlamentarischen Delegationen mit wichtigen Weltregionen sehr aktiv tätig.

Wir werden „unserer“ Ursula Schleicher immer mit besonderer Herzlichkeit und Dankbarkeit, gedenken.

Dr. Ingo Friedrich

EVP, Deutschland (1979-2009)

Klaus Hänsch: eine Würdigung

1984 wurde ich ins Europäische Parlament gewählt. Die ersten offiziellen Sitzungen, an denen ich damals teilnahm, waren die Sitzungen meiner Fraktion, der Sozialdemokratischen Fraktion. Wie jeder absolute Neuling auf einer neuen Ebene der politischen Vertretung suchte auch ich bei meinen älteren, erfahreneren Kolleginnen und Kollegen nach Orientierungshilfen. Und in eben diesem Kontext begegnete ich zum ersten Mal Klaus Hänsch, dem Sprecher für Außenpolitik der Sozialdemokratischen Fraktion. Er verfügte nicht nur über ein beeindruckend breit gefächertes Wissen, sondern auch über ebenso beeindruckende Redefähigkeiten. Er hatte die bei Politikern seltene Gabe, nur dann zu sprechen, wenn er wirklich etwas zu dem Thema zu sagen hatte. Die Kolleginnen und Kollegen hörten ihm aufmerksam und respektvoll zu. Klaus war ein ebenso guter Zuhörer, und wenn er eine andere Meinung hatte als ein anderer Redner, dann widersprach er höflich und mit Respekt.

Mir wurde bald klar, dass Klaus Hänschs Eigenschaften überall im Parlament geschätzt wurden. Damit war er eindeutig die erste Wahl für das ehrenvolle Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments.

Klaus Hänschs Amtszeit als Präsident fiel genau in eine Phase, die entscheidend für die europäische und globale Politik war: die Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer. Klaus verfügte über die Reife und die Erfahrung, die er brauchte, um das Parlament zu diesem entscheidenden Zeitpunkt anzuführen, als nicht nur sein Heimatland, sondern im Grunde auch Europa wiedervereint wurde.

Klaus Hänsch gelang es, teils widersprüchliche Elemente zu kombinieren. So konnte er zuallererst an den eigenen politischen Grundsätzen festhalten und diese offen vertreten, aber auch im augenscheinlichen allgemeinen Interesse nach einem Konsens streben. Dies war und bleibt ein Eckstein der Entwicklung der Europäischen Union.

Ein wichtiges Merkmal von Klaus Hänsch war seine Vorstellung von „Pflicht“. Wo viele von uns an einen friedlichen, wohlverdienten Ruhestand denken, nahm er die Aufgabe an, den Vorsitz des Vereins der ehemaligen Mitglieder zu führen.

Wenn er unsere Delegationen leitete, legte er stets beeindruckende Kenntnisse von und lebhaftes Interesse an dem Europa von heute an den Tag.

Für Klaus Hänsch waren Sitzungen immer da, um in geordneter Reihenfolge Entscheidungen zu treffen – angefangen bei Punkt 1 bis hin zum letzten Punkt und den Danksagungen am Ende.

Wer mit ihm zusammenarbeiten durfte, bewunderte stets seine Ausdauer und sein Engagement.

Nun hat Klaus Hänsch eine friedvolle letzte Ruhe verdient. Ruhe in Frieden.

Mit Zuneigung und Respekt

Michael Hindley

SOC, PES, Vereinigtes Königreich (1984-1993, 1993-1999)

VEM-Vorstandsmitglied seit 2023

FOCUS: Die Herausforderung der Innovation

FOCUS: Der Wert von Innovationen

Innovationen haben sich als wichtige Triebkraft für Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit in der Europäischen Union (EU) etabliert. Über die Entwicklung neuer Technologien hinaus bedeuten Innovationen, Ideen zu entwickeln, Wissen in nützliche Lösungen umzusetzen, wirksamere politische Maßnahmen zu entwerfen, neue Modelle für Zusammenarbeit voranzutreiben und kreative Antworten auf komplexe Herausforderungen zu bieten. Es handelt sich um einen Prozess, der wissenschaftliche Spitzenleistungen mit gesellschaftlicher Bedeutung verbindet, sodass die Forschung nicht nur gründlich und qualitativ hochwertig sein muss, sondern auch in der Lage sein soll, spürbare Auswirkungen auf das Wohlergehen der Menschen und die nachhaltige Entwicklung Europas zu erzielen.

Diese Zukunftsvorstellung ist heutzutage in der europäischen Forschungs- und Innovationspolitik von zentraler Bedeutung. Die Europäische Kommission hat sich von einem Modell, das vor allem auf die Forschungsförderung ausgerichtet war, hin zu einem wirkungsorientierten Ansatz entwickelt, bei dem der Wissensaufbau durch Mechanismen ergänzt werden soll, mit denen dessen Weitergabe, Übernahme und Anwendung zum Nutzen der Gesellschaft erleichtert werden.

Das Programm „Horizont Europa“ (2021-2027) ist das wichtigste Finanzierungsinstrument dieser Politik. Zu den wichtigsten Initiativen zählt der Europäische Innovationsrat (European Innovation Council, EIC), der gegründet wurde, um die Entwicklung und Vermarktung disruptiver Innovationen mit hohem Wachstumspotenzial zu fördern. Zu diesem Zweck stellt der EIC Finanzierungen, Investitionen und Dienstleistungen zur Beschleunigung von Jungunternehmen, kleinen und mittleren Unternehmen sowie Technologieunternehmen zur Verfügung.

Im Jahr 2022 stellte die Europäische Kommission die neue europäische Innovationsagenda vor, deren Ziel es ist, die technologische Führungsrolle der EU durch die Förderung von technologieintensiven Innovationen (Deep Tech), die Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln, die Talententwicklung, die Stärkung regionaler Ökosysteme und eine engere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Industrie zu stärken. Ziel ist es, die bestehende Lücke zwischen den wissenschaftlichen Spitzenleistungen Europas und der Fähigkeit, Wissen in unternehmerische Innovationen umzusetzen, zu verringern.

Im Rahmen dieser Strategie wurde im Jahr 2025 die Strategie für Start-ups (Jungunternehmen) und Scale-ups (expandierenden Jungunternehmen) in der EU veröffentlicht, die darauf abzielt, ein günstigeres Umfeld für die Gründung, die Konsolidierung und das Wachstum innovativer Unternehmen zu schaffen. Zu den Prioritäten zählen die Vereinfachung des Rechtsrahmens, die Verbesserung des Zugangs zu Kapital, die Anwerbung und Bindung von Spitzenkräften, die Stärkung des Binnenmarkts sowie die Ausarbeitung des künftigen europäischen Innovationsplans, der darauf abzielt, Hindernisse zu beseitigen, die Innovation und die Markteinführung neuer Technologien erschweren.

Insgesamt wird an diesen Initiativen die Entwicklung der europäischen Politik hin zu einem offeneren und integrativeren Innovationsmodell deutlich, das auf der Zusammenarbeit zwischen der Wissenschaft, dem Wirtschaftsgefüge, den öffentlichen Verwaltungen sowie den Bürgern basiert. Dieser Ansatz basiert auf der Annahme, dass die aktuellen großen Herausforderungen nicht von einem einzelnen Fachgebiet oder durch isolierte technologische Fortschritte bewältigt werden können, sondern Kreativität und Zusammenarbeit sowie die Verknüpfung von Wissen und Kompetenzen erfordern.

In diesem Zusammenhang entsteht das europäische Innovationsökosystem, verstanden als die Gesamtheit der Institutionen, politischen Maßnahmen, Instrumente und Akteure, die an der Generierung, Verbreitung und Anwendung von Wissen beteiligt sind. Die Europäische Kommission trägt zur deren Stärkung bei, indem sie die Politik der Mitgliedstaaten koordiniert, die kooperative Forschung unterstützt und regionale Innovationsökosysteme fördert, um so die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Institutionen zu unterstützen.

Innovationen erfordern darüber hinaus bestimmte persönliche und organisatorische Fähigkeiten. Neugier treibt die Suche nach neuen Antworten voran, Kreativität ermöglicht es, unterschiedliche Lösungen zu entwickeln; Beharrlichkeit hilft dabei, die mit jedem Innovationsprozess verbundenen Schwierigkeiten zu überwinden, und Mut ist unerlässlich, um bestehende Ansätze infrage zu stellen, Risiken einzugehen und neue Möglichkeiten zu erkunden. Innovationen bedeuten, Unsicherheiten zu akzeptieren und aus Fehlern zu lernen – als Teil des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses. In diesem Zusammenhang müssen die Universitäten eine entscheidende Rolle bei der Ausbildung von Fachkräften mit unternehmerischen Kompetenzen und einer ausgeprägten Innovationskultur spielen.

Die in dieser Veröffentlichung behandelten Bereiche bringen dieses umfassende Verständnis von Innovationen zum Ausdruck. Die Raumfahrt stellt einen strategisch wichtigen Bereich der Forschung und Entwicklung dar, dessen Anwendungen in den Bereichen Kommunikation, Erdbeobachtung, Navigation und Notfallmanagement zunehmend an Bedeutung gewinnen. Energie ist ein wesentlicher Faktor für den Übergang zu einem nachhaltigeren, sicheren und wettbewerbsfähigeren Modell durch die Entwicklung sauberer und energieeffizienter Technologien. Der Umweltschutz seinerseits erfordert innovative Lösungen, mit denen es möglich wird, natürliche Ressourcen zu schonen, Emissionen zu reduzieren, die biologische Vielfalt zu schützen und den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft zu beschleunigen. In all diesen Bereichen treibe Innovationen den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt voran und tragen gleichzeitig dazu bei, ein widerstandsfähigeres, nachhaltigeres und für künftige Herausforderungen besser gerüstetes Europa zu schaffen.

In dieser Veröffentlichung werden Initiativen und Erfahrungen zusammengefasst, die verdeutlichen, wie Innovationen – verstanden als die Fähigkeit, Wissen in gesellschaftlichen Mehrwert umzuwandeln – einen strategischen Schwerpunkt des Handelns der Europäischen Union darstellen. Dabei wird deutlich, dass Innovationen in erster Linie eine Einstellungssache sind: der Wille, sich eine bessere Zukunft vorzustellen, und die Entschlossenheit, daran zu arbeiten und diese zu verwirklichen.

Teresa Riera

SOC, S&D, Spanien (2004–2009, 2009–2014)

Ehrenamtliche Sekretärin des VEM

FOCUS: Europa am Scheideweg: Warum der neue Pakt für Forschung und Innovation wichtig ist

Die EU steht vor einem Wendepunkt. Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss eine ausführliche Stellungnahme zu dem vorgeschlagenen Pakt für Forschung und Innovation abgegeben. Mit dem Pakt soll der Europäische Forschungsraum ausgebaut werden. Die Botschaft ist klar: Die EU muss mehr investieren, Innovationen schneller vorantreiben und wissenschaftliche Spitzenleistungen in wirtschaftlichen Nutzen verwandeln – sonst läuft sie Gefahr, weiter hinter führenden Nationen wie den USA, China und Südkorea zurückzufallen.

In der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses werden sowohl die Dringlichkeit als auch die Chancen aufgezeigt. Sie bietet einen Orientierungsrahmen dafür, wie die EU neuen Schwung gewinnen und auch künftig wettbewerbsfähig sein kann.

Eine gemeinsame Vision für die Zukunft der Forschung in der EU

Der Pakt für Forschung und Innovation soll die zersplitterte Forschungslandschaft der EU enger zusammenführen. In der EU sind zwar Einrichtungen von Weltrang angesiedelt, doch die Bereiche Forschung und Innovation fallen nach wie vor hauptsächlich in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Dies verlangsamt den Fortschritt und beeinträchtigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU.

Der Pakt beruht auf vier Säulen. Das sind:

- **gemeinsame Werte und Grundsätze**
- **gemeinsame Handlungsschwerpunkte**
- **mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung**
- **verbesserte Koordinierung und Überwachung**

Damit soll der Europäische Forschungsraum stärker integriert und ambitionierter werden.

Umwandlung von Wissen in wirtschaftlichen Nutzen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss mahnt ausdrücklich, dass die EU zwar oft bahnbrechende wissenschaftliche Entdeckungen hervorbringe, diese aber nicht vermarkte. Innovationen aus der EU werden häufig erst dann zu rentablen Produkten, wenn US-amerikanische oder asiatische Unternehmen sie auf den Markt bringen.

Um dies zu ändern, drängt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss auf eine zeitgemäße Strategie zum Schutz der Rechte des geistigen Eigentums. Patente und Lizenzen müssen wirksamer genutzt werden, um auf der Grundlage von Forschungsergebnissen Unternehmen aufzubauen, Gewinne zu erzielen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die EU braucht eine klarere Patentpolitik, stärkere Strategien für die Lizenzierung und eine transparente Überwachung ihrer weltweiten Patentbilanz.

Wissenschaftliche Spitzenleistungen allein reichen nicht aus. Die EU muss Wissen in wirtschaftlichen Nutzen umwandeln.

Wettlauf gegen die Zeit

In dem Bericht werden beunruhigende Entwicklungen deutlich: Während China von 2020 bis 2021 seine Investitionen in die Bereiche Forschung und Entwicklung um 18,1 % steigerte und die USA ihre um 9,1 % erhöhten, sanken die Investitionen der EU im gleichen Zeitraum um 2,2 %. Darüber hinaus gewinnt Asien bei der Festlegung weltweiter technischer Normen rasant an Einfluss – einem Bereich, den früher die EU und die USA dominierten.

Wer die Normen festlegt, prägt auch die Märkte von morgen. Daher warnt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, die EU könne Millionen hochwertiger Arbeitsplätze verlieren, wenn sie nicht entschlossen handele.

Bessere Abstimmung

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss spricht sich nachdrücklich für eine bessere Abstimmung der einzelstaatlichen Maßnahmen in den Bereichen Forschung und Innovation aus. Aktuell wird in der EU oft isoliert geforscht. Der Pakt zielt darauf ab, mithilfe von besseren Kommunikationswegen und gemeinsamen Schwerpunkten für mehr Abstimmung zu sorgen.

Diese ist für den digitalen und ökologischen Wandel in der EU von entscheidender Bedeutung und sorgt dafür, dass Innovationen allen Regionen zugutekommen – nicht nur den am weitesten fortgeschrittenen.

Ein „neuer Deal“ für den Europäischen Forschungsraum

Schrittweise Verbesserungen werden nicht ausreichen. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ist der Auffassung, dass die EU einen „neuen Deal“ für den Europäischen Forschungsraum brauche. Sie müsse also die Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation neu gestalten. Dabei sei bei den Themen Unternehmertum und technische Entwicklung ein Umdenken nötig.

Schwerpunktmäßig werden folgende Maßnahmen empfohlen:

- Förderung der Risikobereitschaft von Start-up-Unternehmen und Kleinstunternehmen sowie kleiner und mittlerer Unternehmen
- Erhöhung der Mobilität von Forschenden
- Entwicklung langfristiger Technologiefahrpläne
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungsinstituten und Industrie

In dem Bericht heißt es, Innovationen seien nicht nur die Aufgabe der Wissenschaft. Unternehmen und Unternehmer seien ebenfalls gefragt.

Ergänzung der technischen Prioritäten der EU

In dem Pakt werden sieben Schwerpunktthemen genannt, darunter KI, Mikroelektronik, Quanteninformatik, erneuerbare Energieträger, Wasserstofftechnologien und emissionsfreie Mobilität. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss stimmt diesen zu, ist jedoch der Ansicht, dass die Liste um Folgendes erweitert werden muss:

- Raumfahrttechnik
- Sauberes Wasser und Sanitärversorgung
- Moderne Materialien
- Technologien für die Herstellung von Waren und Lebensmitteln
- Klinische Forschung und Biotechnologie
- Digitale Geschäftsmodelle
- Technologien für die Notfallvorsorge

Diese Ergänzungen machen deutlich, dass die EU bei kritischen Technologien wieder eigenständiger werden muss.

Bewältigung des Fachkräftemangels

Einige EU-Regionen sind von hoher Jugendarbeitslosigkeit und einem Mangel an MINT-Absolventen, insbesondere Ingenieuren, betroffen. Ingenieure sind unverzichtbar, da sie aus Forschungsergebnissen reale Produkte entwickeln.

Um hier Abhilfe zu schaffen, muss die EU die Anerkennung von Spitzenforschern verbessern, mehr Frauen für das Ingenieurwesen gewinnen und den Zuzug hochqualifizierter Ingenieure aus Drittstaaten fördern.

Soziale Eingliederung und internationale Ziele

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss spricht sich dafür aus, dass die Zivilgesellschaft, Arbeitnehmer, Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen sowie schutzbedürftige Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung des Europäischen Forschungsraums einbezogen werden. Eine breitere Beteiligung stärkt die demokratische Legitimität und stellt sicher, dass Innovationen allen zugutekommen.

Der Pakt sollte auch mit den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung im Einklang stehen und für „ein menschenwürdiges Leben für alle auf einem gesunden Planeten“ sorgen.

Fazit

In der EU gibt es sowohl die notwendigen Fachkräfte als auch Spitzenforschung. Nun muss sie schnell handeln, für bessere Abstimmung sorgen und sich erneut zu dem Ziel bekennen, Wissen in wirtschaftlichen Nutzen umzuwandeln. Der Pakt für Forschung und Innovation bietet eine solide Grundlage, aber nur wenn die EU entschlossen handelt, kann sie ihre Position im weltweiten Innovationswettbewerb festigen.

Dr. Paul Rübig

EVP, Österreich, 1996-2019

FOCUS: Innovation braucht Mut. Ökosysteme lassen sie lohnenswert werden

Man sagt, Europa habe ein Innovationsproblem.

Im Vergleich zu anderen großen Volkswirtschaften bringen wir weniger globale Technologieführer hervor, sind für Risikokapital weniger attraktiv und haben bisweilen Schwierigkeiten, innovative Unternehmen expandieren zu lassen. Die Standardantwort ist die Frage, wie Europa mehr bahnbrechende Technologien erzeugen kann.

Technologie lässt sich jedoch nicht dort finden, wo Lücken bestehen. Europa verfügt über Talente, Patente und Erfindungen. Die größte Chance besteht darin, Unternehmen, Unternehmer, Investoren, Lernende, Forscher, Hochschulen und öffentliche Einrichtungen zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele zusammenzuführen. Mit anderen Worten: Europas größtes Potenzial liegt in der Zusammenarbeit.

Innovation braucht Mut. Jeder Unternehmer, der ein Unternehmen gründet, jeder Forscher, der eine neue Idee verfolgt, und jedes Unternehmen, das in eine unerprobte Technologie investiert, geht ein Risiko ein. Viele Innovationen scheitern. Andere wiederum finden nie einen Absatzmarkt.

Diese Bereitschaft, Risiken einzugehen, ist für den Fortschritt unabdingbar. Jedoch ist es schwierig, im Alleingang mutig zu sein.

Menschen sind innovativ, weil sie glauben, dass es eine Chance gibt, für die Übernahme solcher Risiken belohnt zu werden. Doch Innovation schafft nur dann einen Wert, wenn sie von jemandem übernommen wird. Eine neue Batterietechnologie zählt nur dann, wenn Hersteller sie auch nutzen. Ein saubereres industrielles Verfahren ist nur dann wichtig, wenn Unternehmen es auch anwenden. Ein medizinischer Durchbruch ist nur wichtig, wenn er die Patienten erreicht.

Hier ist der Punkt, an dem Ökosysteme den Ausschlag geben.

Durch starke Innovationsökosysteme werden die mit Innovationen verbundenen Risiken gemindert. Sie bieten Zugang zu Fachwissen, ergänzenden Technologien, Finanzierung, Mentoring, Kunden und Infrastruktur. Sie helfen Innovatoren, Fehler zu vermeiden, Partner zu finden und Entwicklungen zu beschleunigen. Sie schaffen ein Umfeld, in dem Einzelpersonen und Organisationen Risiken eingehen können, weil sie wissen, dass sie diese Risiken nicht allein tragen müssen.

Gleichzeitig erhöhen Ökosysteme die Belohnung für Innovationen. Sie verbinden Innovatoren mit Kunden, Investoren, Lieferketten und Märkten. Auf diese Art und Weise stärken sie in erster Linie den Anreiz für Innovationen.

Die erfolgreichsten Innovationsregionen der Welt verstehen dies gut. Ihr Vorteil ergibt sich aus engmaschigen Netzwerken, die Ideen mit Kapital, Forschung mit Unternehmen und Innovatoren mit Kunden verknüpfen.

Europa besitzt viele dieser Faktoren, die für den Aufbau solcher Ökosysteme gebraucht werden.

Es verfügt über Universitäten von Weltrang, eine herausragende Forschung, global wettbewerbsfähige Industriezweige, dynamische Start-up-Unternehmen, erfahrene Investoren und öffentliche Einrichtungen, die sich der Förderung von Innovationen verschrieben haben.

Vor allem aber hat Europa eine Kultur der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Bildung und Forschung entwickelt – das sogenannte Wissensdreieck. Diese spiegelt das Verständnis wider, dass Innovation nicht isoliert erfolgt, sondern entsteht, wenn Menschen mit unterschiedlichen Qualifikationen zusammenarbeiten, um gemeinsame Probleme zu lösen.

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) wurde gegründet, um eine solche Zusammenarbeit zu fördern. In den letzten zehn Jahren haben bereichsübergreifende Erfahrungen (angefangen bei Klima und Energie bis hin zu Gesundheit, Landwirtschaft und digitalen Technologien) gezeigt, dass Innovatoren mit größerer Wahrscheinlichkeit erfolgreich sind, wenn sie in starke Ökosysteme eingebettet sind. Die Zusammenführung von Hochschulen, Forschenden, Start-up-Unternehmen, Investoren und Unternehmen trägt dazu bei, dass vielversprechende Ideen Fachwissen, Finanzierung, Partner und Kunden finden, die benötigt werden, um konkrete Wirkung zu entfalten.

Dies ist besonders wichtig, wenn es um Bereiche wie saubere Energie, nachhaltiger Verkehr, digitale Technologien oder Gesundheitstechnologien geht. Keine einzelne Organisation kann die zur Bewältigung dieser Herausforderungen erforderlichen Innovationen hervorbringen.

Wenn jedoch die Zusammenarbeit als Europas Stärke gilt, so bleibt die Fragmentierung Europas Schwäche. Ein Start-up-Unternehmen kann hervorragende Forscher, Kunden und Investoren in seiner Heimatregion finden, stößt jedoch auf neue Hindernisse, wenn es nach Kunden in anderen Teilen Europas sucht. Unterschiedliche Vorschriften, unterschiedliche Standards und unterschiedliche Verwaltungsanforderungen können die Kosten erhöhen und das Wachstum bremsen. Das öffentliche Auftragswesen ist für innovative Unternehmen oftmals schwer zugänglich.

Infolge dieser Umstände bringt Europa häufig erfolgreiche lokale Innovationsökosysteme hervor, hat jedoch Schwierigkeiten, diese in einen wirklichen europäischen Innovationsmarkt einzubinden.

Die Aussicht, Millionen von Kunden zu erreichen, rechtfertigt das Eingehen von Risiken. Je leichter es für Innovatoren ist, Zugang zu Märkten, Talenten und Investitionen in ganz Europa zu erhalten, desto stärker werden die Innovationsanreize.

Aus diesem Grund sollte die Vollendung des Binnenmarkts nicht nur als wirtschaftliches Projekt, sondern auch als Innovationsprojekt betrachtet werden.

Es geht nicht darum, ein Problem mit Geld zu kaschieren. Es geht darum, Menschen, Wissen und Institutionen über Grenzen und Disziplinen hinweg miteinander zu verbinden.

Die Herausforderung der Innovation ist daher nicht nur technologischer Natur. Es geht auch darum, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen Innovatoren bereit sind, Risiken einzugehen, weil sie realistische Aussichten auf Erfolg haben.

Die Innovationen, die einen Wandel in den Volkswirtschaften und Gesellschaften herbeiführen, entstehen dort, wo Mut auf Zusammenarbeit trifft. Das ist Europas größte Innovationschance.

Stefan Dobrev

Vorsitzender des EIT-Verwaltungsrats

FOCUS: Die Herausforderung der Innovationen aus dem Blickwinkel der Netz-Intelligenz betrachtet

Die Europäische Union ist ein Netzwerk – und ihr Innovationsparadoxon beruht auf einem Netzwerkproblem.

Dieser Widerspruch prägt die Debatten über die Wettbewerbsfähigkeit von der Lissabon-Strategie bis zum Draghi-Bericht: Europa bringt wissenschaftliche Leistung von Weltrang hervor, bildet Talente von Weltrang aus und meldet Patente in großem Maßstab an, aber zu wenige Entdeckungen münden in Unternehmensgründungen, zu wenige Unternehmen werden zu globalen Spitzenreitern und zu viele Unternehmensgründer bauen ihre Vorhaben außerhalb Europas aus. Experten betrachten dieses Problem häufig als Finanzierungslücke bei Innovationen.

Nach zwei Jahrzehnten Tätigkeit in europäischen Innovationseinrichtungen – in Warschau, Brüssel, Barcelona und Manchester – halte ich diese Diagnose für richtig, aber unvollständig. Trotz Milliarden öffentlicher Mittel, die in Risikokapitallücken und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Hochschulen investiert wurden, konnten sich nur wenige Regionen aus diesem Paradoxon befreien. In Zusammenarbeit mit EIT Alumni in Barcelona habe ich festgestellt, dass die fehlende Komponente des europäischen Innovationssystems immaterieller Art ist. Ich bezeichne sie als „Netz-Intelligenz“, nämlich als die Fähigkeit, die Rahmenbedingungen von Unternehmen, unter denen Innovationen wachsen und gedeihen können, zu verstehen und zu steuern.

Vor einem Jahrhundert stellte Alfred Marshall fest, dass Wissen im industriellen Kontext sozusagen „in der Luft“ liegt – eine „industrielle Atmosphäre“, die zu Innovationen anregt. Marshall beschrieb jedoch die sozialen Netzwerke von Menschen, die sich in derselben Region befinden – eine Qualität, die sich auch heute noch in Nordbrabant oder Katalonien und in den Gemeinschaften bemerkbar macht, die auf dem Web Summit in Lissabon oder Slush in Helsinki zusammenkommen.

Innovationen sind kein singulärer Akt eines Genies, sondern ein Netzwerkphänomen, denn eine Erfindung wird nur dann zu einer Innovation, wenn engagierte Menschen ihre sozialen Netzwerke aktivieren, um die richtigen Talente, frühen Anwender, expandierenden Märkte und Investoren zu finden.

Netz-Intelligenz – ein Konzept, das in der Theorie von Manuel Castells über die Netzwerkgesellschaft verwurzelt ist – ist die individuelle Fähigkeit, die diesen Prozess vorantreibt: eine Reihe von Mikroverhalten, das einen Makrowandel auslösen kann und das durch künstliche Intelligenz noch weiter verstärkt wird. Menschen, die über Netz-Intelligenz verfügen, knüpfen Netzwerke, die ihren Zweck erfüllen, die Partner miteinander vernetzen, wenn sich Synergien abzeichnen, oder diese andernfalls voneinander entkoppeln, die die richtigen Beziehungen für sich nutzen und die ihre Netze entsprechend der sich ändernden Ziele immer wieder neu konfigurieren. In verwaltungstechnischer Hinsicht nutzen sie Netzwerke, um sich auszutauschen, Wissen zu teilen, etwas zu verkaufen, innovativ zu sein und zusammenzuarbeiten.

Diese Einblicke in Innovationen in vernetzten Umgebungen haben viele europäische Instrumente geprägt, an denen ich als deren Architektin mitgewirkt habe – von den Wissens- und Innovationsgemeinschaften des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) und dem Europäischen Innovationsrat bis hin zu Innovationspartnerschaften und aufgabenbezogenen Partnerschaften im Bereich der Politik und der Industrie. Das Paradoxon besteht jedoch fort, da es trotz der Rechtsrahmen und der Finanzierung Schwierigkeiten bereitet, den Wandel des Gesellschaftssystems voranzutreiben.

Die Lehren, die ich aus meiner Tätigkeit in den Beratungsgremien RISE und ESIR und im Wissenschaftlichen Ausschuss der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) ziehen konnte, ist stets dieselbe: der Wohlstand, die Nachhaltigkeit und die Widerstandskraft Europas hängen von unserer Fähigkeit ab, ein menschliches Gesellschaftssystem in großem Maßstab zu verändern. Mit Kollegen an der Universität Manchester haben wir Netzwerkinformationen empirisch getestet, denn wenn es messbar ist – und es ist messbar –, kann es gelehrt werden. Netz-IQ-Kompetenzen – der Aufbau von digitalen und herkömmlichen Beziehungen, damit Unternehmen über Grenzen hinweg wachsen können, die gemeinsame Wertschöpfung und die Einigung der Akteure auf gemeinsame Zwecke – haben dazu geführt, dass die Region Midlands, ihr Produktivitätsniveau anheben und Innovationen anstoßen konnte.

In dem Buch [„Capitalism, Sustainability and Democracy: Future-Proofing the European Model“](#) (Kapitalismus, Nachhaltigkeit und Demokratie: das europäische Modell zukunftssicher machen), das kürzlich von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde, geht es sehr viel um die Herausforderung der Innovationen, und wird argumentieren, dass diese Herausforderung nicht nur finanzieller oder technologischer Natur ist. Um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu erhalten und strategische Ziele wie technologische Autonomie zu erreichen, muss sich Europa verändern. Und zwar radikal verändern!

Dieser grundlegende Wandel wird bedeuten, dass sich die fortschrittlichsten und die dynamischsten Innovationsregionen in unterschiedlicher Weise entwickeln werden. Neue politische Instrumente sollten dazu beitragen, dass Spitzenregionen noch mehr Talente und Finanzmittel an sich ziehen können– damit Unternehmen nicht andernorts in der Welt wachsen – und dass die dynamischsten Regionen zu Innovationslaboren werden, die Wachstumsmöglichkeiten bieten, damit sich lokale Talente dafür entscheiden, dort zu bleiben oder dorthin zurückzukehren, und das dynamische Wachstum weiter angekurbelt wird. Wenn sich die Menschen für Veränderungen entscheiden, verändert sich die Welt um sie herum. Aus diesem Grund setze ich mich weiterhin für Innovationen, Unternehmertum und Netzwerk-Intelligenz als zentrale Triebkräfte des europäischen Wachstumsmodells ein. Und somit stimme ich Lampedusas Tancredi zu, dass sich alles ändern muss, wenn alles bleiben soll, wie es ist.

Aus diesem Grund ist die Vermittlung von Netz-Intelligenz an die nächste Generation von Wegbereitern von Innovationen und unternehmerischen Talenten ein guter Anfang, Denn durch die Vernetzung von Talenten entstehen Knotenpunkte wie in Paris und neue Innovationsherde wie in Vilnius. Über die rechtlichen Rahmenbedingungen und bereitgestellten Finanzmittel hinaus stellt die Veränderung von Europa als Gesellschaftssystem in großem Maßstab und mit großer Geschwindigkeit eine tiefgreifende Herausforderung für die Lenkungsebene dar. Nur mit mehr Netzwerk-Intelligenz werden aufstrebende Regionen nach meiner Meinung in der Lage sein, das Problem des „Haftvermögens“ zu lösen, damit Talente zum Bleiben bewegt werden, werden sich die wettbewerbsfähigsten unter den Migranten mit Know-how in einen Wissensvorsprung verwandeln und werden die politischen Entscheidungsträger in Europa eine Regulierung frei von Bürokratie und offen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gestalten können. Ich wage den Traum, dass uns Mikrohabitate von Netz-Intelligenz, die in großem Maßstab angewandt und durch KI erweitert werden, der Zukunftsfähigkeit des europäischen Modells näherbringen werden.

Das Buch kann [hier heruntergeladen](#) werden.

Daria Gołębiowska-Tataj

Mitglied der Beratergremien RISE (2016–2019) und ESIR (seit 2020) der Europäischen Kommission

FOCUS: Innovationen und Weltraumwirtschaft

Die menschliche Intelligenz ist eine unbegrenzte Ressource.

Wissenschaft und Technik sind zunehmend wichtige Akteure in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft geworden. Während die Armut in den vergangenen 30 Jahren weltweit zurückgegangen ist und es Hunderten Millionen von Menschen nicht länger an Nahrungsmitteln, Schulbildung und Gesundheitsversorgung mangelt, hat sich die Weltbevölkerung gleichzeitig fast verdoppelt, was vor allem dem technischen Fortschritt und der Verbreitung von Bildung zu verdanken ist. Die Ressourcen des Planeten sind jedoch begrenzt – globale Probleme wie der Klimawandel und der Verlust an biologischer Vielfalt machen dies deutlich – und die einzige verfügbare „unbegrenzte“ Ressource ist die Intelligenz, der Verstand und das Denkvermögen.

Dies erklärt zum Teil, warum außerhalb der OECD-Mitglieder mit China, Indien und Brasilien neue Akteure auf die Weltbühne getreten sind, die im Zuge ihrer raschen Industrialisierung zu Weltmächten herangewachsen sind. Diese Länder sind auf gut ausgebildete Arbeitskräfte in großer Zahl angewiesen und wenden neue und unterschiedliche Methoden zum Umgang mit geistigem Eigentum an. Die OECD-Mitgliedstaaten, die seit jeher Akteure der freien Marktwirtschaft sind, müssen massiv und effizient in Technologie und Innovationen investieren, um am oberen Ende der Wertschöpfungsketten zu bleiben und damit ihren Wohlstand zu erhalten.

Innovationen nach dem Verständnis der OECD

Innovationen in Zeiten der Globalisierung sind ein komplexes Phänomen, das uns überall begegnet, das aus vielen Akteuren und Interaktionen besteht und zu dem eine Vielzahl von Bestandteilen – Wissen, Kultur, Ressourcen, private Initiative, staatliche Maßnahmen, Verfügbarkeit von privatem Investitionskapital – beiträgt. Diese Innovationen werden im Unternehmen entwickelt und müssen sich dann an den Märkten bewähren. Ein gewisser Beitrag stammt auch aus der Grundlagenforschung, während einige dieser Bestandteile ihre Wurzeln in altem Wissen und lokalen Traditionen haben. Die Korrelation zwischen Forschungsausgaben und Produktivität ist ein allgemein anerkannter statistischer Wert, mit dem jedoch nicht zufriedenstellend erklärt werden kann, welche Mechanismen zu erfolgreichen Innovationen führen. Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 hat das Forschungsinstitut DSTI auf Ersuchen der Mitgliedstaaten eine neue bahnbrechende „Innovationsstrategie“ ausgearbeitet. Demnach ist es notwendig, sich mit innovationsfreundlichen „Ökosystemen“ eingehend zu beschäftigen, sich der Verknüpfungen zwischen der Innovationspolitik und der gesamten übrigen Politik bewusstzuwerden und einen breit angelegten Ansatz (im Fachjargon „Whole-of-Government“) zu verfolgen, um das Geflecht aller Politikbereiche zu entwirren, die zwar traditionell nicht als mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbunden eingestuft werden, aber dennoch entscheidende Faktoren des Ökosystems sind.

Die entscheidenden Determinanten und das europäische Defizit

Um es auf den Punkt zu bringen: Produkt- und Prozessinnovationen, die gleichbedeutend mit Wettbewerbsfähigkeit sind, erfordern in erster Linie günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, und zwar in Form von niedrigen Zinssätzen, geringen Energiekosten, Bürokratieabbau und finanzieller Unterstützung für Ausfuhren. Komplexer ist die Frage der technologieintensiven Innovationen, die ihren Ursprung in der Forschung haben und mittelfristig zu revolutionären Fortschritten führen können, oft jedoch in kleinen Jungunternehmen Gestalt annehmen, die auf die Unterstützung visionärer Investoren angewiesen sind, um überleben und wachsen zu können.

Nach dem US-amerikanischen „Bottom-up“-Modell à la Silicon Valley ist es die große Verfügbarkeit privater Investitionen – Pensionsfonds, Business Angels und Risikokapitalgeber –, die den Innovationen Flügel verleiht, wohingegen es beim „Top-down“-Modell Chinas das flächendeckende und dominante Eingreifen der Regierung ist, durch das die Förderung technologischer Innovationen in allen Bereichen erfolgt. Europa, das in der Forschung nach wie vor ausgezeichnete Leistungen erbringt, ist aber aufgrund einer Vielzahl politischer und kultureller Faktoren schon seit längerem zu langsam. Gründe dafür sind die Knappheit zukunftsorientierter privater Investitionen, die zunehmende Komplexität der Bürokratie, die Behäbigkeit des Justizsystems und die übermäßige und ungleiche Steuerbelastung von Land zu Land, um nur einige zu nennen.

Digitale Technologie und KI

Europas Defizite auf dem numerischen Gebiet stechen ins Auge, denn wir importieren alle unsere Smartphones, wir schenken den multinationalen Big-Tech-Unternehmen, die in Europa so gut wie steuerfrei tätig sind, unsere personenbezogenen Daten, und es gibt bei uns nur wenige Supercomputer, die für die Verarbeitung der Massen an Daten im Rahmen der digitalen Revolution und der künstlichen Intelligenz benötigt werden. Der amerikanische Ansatz lässt Freiräume zu und ermöglicht die Förderung von Big-Tech-Projekten auf den globalen digitalen Märkten und im Bereich der KI, und zwar in einem sorgsam gepflegten Regelungsvakuum, während bei Chinas Top-down-Ansatz enorme öffentliche Mittel eingesetzt, damit das Land zu einer „technologischen Supermacht“ wird, was letztlich zu einem enormen Handelsungleichgewicht führt. Europa hingegen sieht diesem Treiben untätig zu, ohne seine Chancen zu ergreifen. Wegen der überhasteten „grünen Innovationspolitik“ hat die hiesige Automobilindustrie ihr ganzes Know-how samt Innovationen, Entwicklung und Produktionsstätten der chinesischen Elektroautoindustrie überlassen.

Die Biotechnologien

Neben den digitalen Technologien ist die Molekulartechnik eine weitere von Aladins Wunderlampen, die die Welt innerhalb von drei Jahrzehnten völlig umgekrempelt hat und die in einem fort neue Innovationen hervorbringt. Die Fortschritte in der Gentechnik weisen nach Angaben der OECD einen Produktivitätszuwachs um den Faktor fünf auf und übertreffen bei weitem auch das sogenannte „Moore'sche Gesetz“ der Mikroelektronik. Es ist inzwischen möglich, die Sequenzierung und Auswertung der DNS eines jeden lebenden Organismus zu immer geringeren Kosten und immer kürzerer Zeit durchzuführen. Der Einsatz von Impfstoffen auf der Grundlage von Boten-RNS hat entscheidend zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie beigetragen. Der Austausch von Prozessen und Wissen zwischen Biotechnologie und Nanotechnologie kann zu bemerkenswerten Innovationen, Spezialwerkstoffen, rezyklierbaren Materialien, Algen zur Herstellung von Biokraftstoffen, personalisierten Therapien sowie maßgeschneiderten Arzneimitteln und Impfstoffen führen.

Innovationen und Weltraumwirtschaft

Weltraumtätigkeiten genießen seit jeher den Ruf eines innovativen Hochtechnologie-Sektors par excellence, von dessen Technologien andere Wirtschaftszweige profitieren, wobei die Aktivitäten im Weltraum aber fast vollständig von staatlicher Finanzierung abhängig sind. Tatsächlich hat die Weltraumwirtschaft in jüngster Zeit von der Forschung und den Technologien profitiert, die für den „Smartphone“-Markt entwickelt wurden. Dazu gehören Batterien mit höherer Kapazität, sehr kleine Kameras mit sehr geringem Stromverbrauch, komplexe gebrauchsfertige Mikroschaltkreise und standardmäßige Softwareplattformen, die die Entwicklung von Anwendungssoftware erleichtern. Dies schuf neue Chancen für beide Seiten der Weltraumwertschöpfungskette: kleine, relativ kostengünstige Satelliten einerseits und nachgelagerte Anwendungen andererseits, mit denen Satellitendaten von Satellitenbeobachtungs- und Navigationsinfrastruktur verarbeitet werden. Diese Entwicklung hat sich auf die Raumfahrtspolitik ausgewirkt und die Grundlagen für kommerzielle Aktivitäten in niedriger Umlaufbahn (Low Earth Orbit – LEO) der Weltraumwirtschaft geschaffen: Die NASA hat sich von einem Pool aus Technikern und Ingenieuren, die direkt an der Entwicklung jedes einzelnen Projekts beteiligt waren, zu einem Pilotkunden („Anchor Customer“) der Privatwirtschaft gewandelt. Die Forschung in der Astrophysik und Erkundung von Mond und Mars verbleiben jedoch weiterhin im ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der US-Regierung. Die Weltraumwirtschaft, deren Wiege in den USA steht, ist heute weltweit eine Realität. Marktbeobachtungsstellen rechnen mit deren massiver Ausbreitung und einem raschen Wachstum, auch in Europa.

Der Weltraum und Europa

Die Beherrschung von Weltraumtechnologien ist inzwischen zu einer geopolitischen strategischen Priorität geworden; Erdbeobachtung, Satellitennavigation, sichere, widerstandsfähige und allgegenwärtige Kommunikation sind duale Weltraumressourcen, die sowohl für den Katastrophenschutz als auch für die nationale Sicherheit unerlässlich sind. Da die Raumfahrt nach dem Vertrag von Lissabon in die Zuständigkeit der Europäischen Union fällt, besteht das strategische Ziel der Europäischen Union darin, sich im Bereich sämtlicher relevanter Raumfahrtaktivitäten betätigen zu können, ohne von anderen abhängig zu sein, und der beste Weg, dies zu bewerkstelligen, besteht darin, eine florierende und innovative Raumfahrtindustrie zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten „Primärindustrien“ – den einzigen, die in der Lage sind, bei großen FuE-Projekten zu konkurrieren –, KMU und Jungunternehmen, wo oft die originellsten Innovationen entstehen, zu fördern. Um jedoch im Weltraum tätig werden zu können, bedarf es einer zuverlässigen und wettbewerbsfähigen Startkapazität, d. h. eines Zugangs zum Weltraum, und dies ist ein Bereich, in dem Europa gegenüber dem amerikanischen Betreiber SpaceX, der hier quasi über ein Monopol verfügt, an Boden verloren hat. Diese Problematik verdient daher die volle Aufmerksamkeit der Mitgliedstaaten, der ESA und der EU.

Franco Malerba

EVP, Italien (1994–1999)

Astronaut

FOCUS: AlterEU: die Innovationspolitik der EU am Scheideweg

Obwohl ich jeden Tag EU-Dokumente zum Thema Innovationen lese, habe ich beschlossen, an diesen Artikel eher wie ein Angehöriger der Generation Z als ein Baby-Boomer heranzugehen, und so habe ich ChatGPT, wie oft die EU den Begriff „Innovationen“ eigentlich verwendet. Die Antwort lautete: „Auch wenn es keine einheitlichen statischen Erhebungen dazu gibt, zeigt sich in den Unterlagen der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates ein dramatischer Anstieg der Verwendung dieses Begriffs, da die EU ihren Schwerpunkt auf digitale Wettbewerbsfähigkeit, saubere Technologien und Wirtschaftswachstum verlagert hat.“ Im Folgenden unterbreite ich Ihnen meine Überlegungen zur Entwicklung der Innovationspolitik der EU und den Schwierigkeiten dabei und werfe dann einen Blick in die Zukunft.

Eine kurze Geschichte der EU-Innovationspolitik

Obwohl „Innovationen“ das Schlagwort der heutigen Zeit sind, werden sie in den EU-Verträgen nur zweimal erwähnt, und zwar in Artikel 173 unter dem Titel „Industrie“ und in der 30. Erklärung zum AEUV in Bezug auf Artikel 126 über übermäßige öffentliche Defizite, in der die Mitgliedstaaten zum Stabilitäts- und Wachstumspakt und zu einer Wirtschafts- und Haushaltspolitik verpflichtet werden, in der die „richtigen“ Prioritäten, einschließlich Innovationen, festgelegt werden.

Der erste Versuch, Innovationen zu institutionalisieren, wurde 2008 mit dem Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) unternommen (der Verfasser war damals Schattenberichterstatter für die entsprechende Verordnung), um das Wissensdreieck (Bildung, Forschung und Unternehmen) darin zu integrieren. Seine Befürworter argumentierten, dass das EIT einen dezentralen und inklusiven Ansatz verfolgen sollte, da Talente überall vorhanden seien. Die Gegner waren hingegen der Ansicht, dass die Forschungspolitik auf Spitzenleistungen beruhen sollte. Folglich waren einflussreiche Forschungsinstitute nie daran interessiert und stehen dem Modell von Anfang an skeptisch gegenüber. Später wurde im MFR 2021–2027 der Europäische Innovationsrat (EIC) mit einer von oben nach unten gegliederten Struktur eingerichtet, um „Einhörner“ (Unternehmensgründungen mit einer Bewertung von über einer Milliarde US-Dollar oder Euro) zu erkennen und ihren kommerziellen Erfolg zu unterstützen. Obwohl sich ihr jeweiliger Ansatz grundlegend voneinander unterscheidet, haben das EIT und der EIC durchaus Gemeinsamkeiten, denn beide verfolgen stets die nächstbeste Idee.

Erneuern oder ändern?

Etymologisch betrachtet sind „Innovationen“ indes auf das lateinische Wort „Innovāre“ zurückzuführen, was „erneuern“ oder „verändern“ bedeutet. Der derzeitige politische Ansatz ist zwar neu, reicht aber nicht aus, um die Kluft zwischen der Forschung und Entwicklung und den Märkten zu überbrücken. In der Wirtschaft können Innovationen zu neuen Produkten mit einem Mehrwert oder einer Minimierung der Stückkosten führen. Innovationen dieser Art, durch die bestehende Praktiken verändert werden, sind von einer Notwendigkeit und nicht von einem Überangebot oder Spitzenleistungen bestimmt. Hier wird der Konflikt in der Einstellung zu Innovationen zwischen Ost und West deutlich. Der Westen strebt nach dem neuesten Stand der Technik, während der Osten das entwickelt, was gut genug und erschwinglich ist. Dies zeigt sich deutlich im derzeitigen Krieg in der Ukraine, mit dem die europäische Rüstungsproduktion nicht Schritt halten kann, während die ukrainische Drohnenproduktion in Riesenschritten voranschreitet. Veränderungen können sich auch aus der Kreuzbestäubung zwischen unterschiedlichen Branchen ergeben. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass Innovationen aus der Änderung von Produkten und Dienstleistungen im Sinne einer Abkehr von ihrer ursprünglichen Verwendung resultieren. Auch hier kann der russische Krieg gegen die Ukraine als Beispiel herangeführt werden, da Ausfuhrkontrollen dazu geführt haben, dass elektronische Bauteile aus der Unterhaltungselektronik in Militärausrüstung eine neue Verwendung finden.

Innovationen sind nachfragegesteuert

Der Erfolg von Innovationen hängt von der Auswahl ab. Jede einzelne Entscheidung, die wir als Verbraucher und Unternehmen treffen, trägt zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Kontinents und unserer lokalen Umwelt bei. Auswahl heißt, dass bewusste Entscheidungen auf der Grundlage von Informationen und Kaufkraft getroffen werden. Wir können einfach die neuesten von der Werbung angepriesenen Artikel kaufen oder uns stattdessen für nachhaltigere Produkte und Dienstleistungen entscheiden. Die Kaufkraft ist naturgemäß eine Grenze, wie viel unsere Gesundheit, unsere Sicherheit und unsere persönliche Ökobilanz uns wert sind. Unterdessen leistet eine Informationsasymmetrie dem Machtmissbrauch Vorschub, denn der Tsunami an Informationen, die uns zur Verfügung stehen, hat uns nicht unbedingt zu sachkundigeren Menschen gemacht.

Die Zukunft ist digital und sauber

Heute kann die die EU jahrzehntelange gebündelte Erfahrungen mit der EU-Innovationspolitik nutzen. Unsere KI-Welt bietet eine hochmoderne, dezentrale, öffentlich zugängliche Infrastruktur (KI-Fabriken, Superrechner, Test- und Versuchseinrichtungen usw.), die auf der gemeinsamen Nutzung von Daten verschiedener Bereiche und Akteure des Wissensdreiecks zu erschwinglichen Bedingungen beruht. Sie fußt auf europäischen Spitzenleistungen in Forschung und Verbreitung als Rückgrat der europäischen Wirtschaft in Form kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Der Erfolg hängt jedoch von der Minimierung der Stückkosten ab, das heißt von erschwinglicher Energie. In Zeiten eines abnehmenden Angebots bietet sich die Gelegenheit, auf die Notwendigkeit zu setzen. Das europäische Energienetz wurde weder unter Berücksichtigung der Schwankungen bei erneuerbaren Energiequellen noch im Hinblick auf das heutige Ausmaß an Elektrifizierung und Digitalisierung aufgebaut. Wenn dies klug umgesetzt wird, können mit unserer KI-Welt die Schwankungen bei erneuerbaren Energien ausgeglichen werden, indem man KI-Fabriken wie Glühbirnen einschaltet, mit denen Wissen mit Energie versorgt und gestärkt wird. Dies erfordert nicht nur, nach neuen Lösungen zu suchen, sondern stattdessen die Art und Weise zu ändern, wie wir unsere Ressourcen verwalten. Das setzt auch voraus, dass wir dabei alle unsere Unternehmen und Verbraucher und nicht nur einige wenige von ihnen im Blick behalten.

Wir dürfen nicht vergessen, dass unser bestes Instrument zur Verwirklichung europäischer Innovationen, mit denen unser Wohlstand gesichert werden soll, nicht der Aufbau von Institutionen allein ist, sondern die Regulierungsbefugnis der EU, die Märkte zum Wohle der Verbraucher zu gestalten, was übrigens ein überaus innovativer Ansatz ist.

Edit Herczog

SOC, S&D, Ungarn (2004-2009, 2009-2014)

FOCUS: In den wichtigsten Bereichen geht Europa mit gutem Beispiel voran

Mit Blick auf einige der entscheidenden Themen unserer Zeit – etwa den Kampf gegen den Klimawandel, die Energiewende und den Schutz der Natur und der Artenvielfalt – nimmt Europa zurzeit weltweit eine Vorreiterrolle ein. Wir sind für viele ein Vorbild.

Das dürfen wir nie vergessen. Der Weg, den wir eingeschlagen haben, macht uns auf internationaler Ebene immer wettbewerbsfähiger, autonomer, nachhaltiger und krisenfester.

Ich war zwei Amtszeiten lang Mitglied des Europäischen Parlaments, zuletzt von 2019 bis 2024. Diese Erfahrung ist für meine heutige Tätigkeit als portugiesische Ministerin für Umwelt und Energie von unschätzbarem Wert.

Vieles von dem, was wir auf nationaler Ebene umsetzen, geht direkt auf Entscheidungen zurück, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten auf europäischer Ebene getroffen wurden, und auf den Kurs, den wir dort eingeschlagen haben.

Ich könnte unzählige Beispiele nennen – von Portugals Maßnahmen zur Wiederherstellung der Natur und zum Schutz der Meere bis hin zur Bewirtschaftung der Wasserressourcen. Da der Platz hier jedoch begrenzt ist, möchte ich mich auf die Themen Energie und Klimawandel konzentrieren.

Portugal gilt als gutes Beispiel für die Energiewende, und ich glaube, dass wir diesem Ruf gerecht werden.

Dank kontinuierlicher Investitionen in erneuerbare Energieträger, die auf einem breiten politischen Konsens beruhen, haben wir uns in diesem Bereich in den vergangenen Jahrzehnten eine starke Ausgangsposition erarbeitet.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres stammten mehr als 80 % des in Portugal erzeugten Stroms aus erneuerbaren Quellen. Damit lag Portugal in Europa an erster Stelle – vor dem traditionellen Spitzenreiter Dänemark.

Dieser Zugang zu sauberer und erschwinglicher Energie führt in Portugal zu einer beispiellosen Nachfrage nach Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen – nicht nur in der Energiewirtschaft, sondern auch in verschiedenen Industriezweigen und in der Informationstechnik.

Das heißt aber noch lange nicht, dass wir uns jetzt zurücklehnen und mit unseren Errungenschaften brüsten können.

Es gibt noch viel Verbesserungspotenzial. Wir müssen vor allem in den Bereichen Verkehr und Gebäude sowie in bestimmten Industriezweigen unabhängiger von fossilen Brennstoffen werden. Daran arbeiten wir bereits.

Auch im Bereich der Stromversorgung investieren wir, müssen aber bei der Speicherung noch weiter vorankommen – sowohl durch Batterien als auch durch Pumpspeichersysteme, die unsere Staudämme nutzen. Zu diesem Zweck haben wir einen nationalen Plan entwickelt.

Zudem müssen wir unsere Stromnetze ausbauen, modernisieren und widerstandsfähiger machen.

Wir müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher – insbesondere diejenigen in abgelegeneren Gebieten – auch weiterhin dazu befähigen, aktiv zur Energiewende beizutragen.

Die Bekämpfung der Energiearmut und die Verbesserung der Energieeffizienz haben für uns Priorität – vor allem für ein Land, in dem viele Menschen noch immer Schwierigkeiten haben, ihre Wohnung im Winter warm und im Sommer kühl zu halten.

In den letzten zwei Jahren hat Portugal die Aufbau- und Resilienzfazilität erfolgreich genutzt, um eine neue Generation einfacher und äußerst beliebter Förderprogramme zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden und zum Kauf nachhaltiger Haushaltsgeräte (E-lar) zu entwickeln.

Für unsere Fortschritte, Energiearmut zu verringern, wurden wir von der Europäischen Kommission ausdrücklich gelobt. Doch damit geben wir uns nicht zufrieden: Wir setzen auf den Klima-Sozialfonds – ein neues leistungsstarkes Instrument, mit dem wir diese Maßnahmen weiter stärken wollen.

Die Energiewende spielt beim Klimaschutz eine zentrale Rolle. Gleichzeitig beschäftigen wir uns auch sehr genau mit der Anpassung an den Klimawandel.

In diesem Jahr wurde Portugal von einer Reihe außergewöhnlich langer und schwerer Stürme heimgesucht, die im Zentrum des Landes großen Schaden angerichtet haben. 2025 kam es zu schweren Waldbränden – den schlimmsten seit vielen Jahren. Auch die Wasserknappheit bleibt insbesondere im Süden des Landes ein Problem. Inzwischen verfügen wir über eine nationale Strategie für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen. Wir investieren auch in den Schutz unserer Küsten und die Renaturierung von Flüssen und Bächen, indem wir zum Beispiel künstliche Barrieren beseitigen, um Überschwemmungen zu verhindern.

Bei all diesen Maßnahmen orientieren wir uns an den wichtigsten europäischen Prioritäten und zählen auf die anhaltende Unterstützung der EU.

Maria da Graça Carvalho

EVP, (2009-2014, 2014-2019)

Portugiesische Ministerin für Umwelt und Energie